



Tätigkeitsbericht 2024

des Beauftragten des Landes

Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung

der SED-Diktatur

AUF
ARBEI
TUNG.

sachsen-
anhalt.de

Tätigkeitsbericht 2024

des Beauftragten des Landes

Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung

der SED-Diktatur



SACHSEN-ANHALT

Beauftragter
des Landes Sachsen-Anhalt
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

AUF
ARBEI
TUNG.

sachsen-
anhalt.de

Inhaltsverzeichnis

4	Vorwort
6	Der Landesbeauftragte und seine Behörde
16	Schwerpunkte der Arbeit
34	Beraten
56	Erforschen
68	Informieren

Sehr geehrter

Herr Landtagspräsident,

sehr geehrte Abgeordnete,

der Landesbeauftragte erstattet dem Landtag jährlich zum 31. März einen schriftlichen Tätigkeitsbericht – so steht es im mit „Befugnisse und Pflichten“ überschriebenen Paragraphen 6 des Aufarbeitungsbeauftragtengesetzes. Hier liegt Ihnen mein erster Bericht vor, der gleichzeitig der 31. Tätigkeitsbericht meiner Behörde ist.

Nach meiner Wahl am 21. Februar 2024 durch den Landtag von Sachsen-Anhalt trat ich am 8. April 2024 das Amt des Landesbeauftragten an. Das fraktionsübergreifende große Vertrauen, das mit meinem Wahlergebnis deutlich wurde, und die gut aufgestellte Behörde mit motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mir von meiner Vorgängerin Birgit Neumann-Becker übergeben wurde, waren wie ein warmer Rückenwind für meinen Start in die vielen neuen Aufgaben und Themenfelder.

Zwangsdoping in der DDR, verschwundene Säuglinge, Erinnerung an Verhaftete während der sowjetischen Besatzungszeit, Wehrdienstverweigerer und Bausoldaten in der DDR, Zersetzungsmaßnahmen des Staatssicherheitsdienstes, gesundheitliche Folgeschäden des SED-Unrechts, psychosoziale Begleitung Betroffener,

Anträge auf Akteneinsicht, auf Anerkennung und Entschädigung, Probleme beim Forschungszugang zu den Stasi-Unterlagen im Bundesarchiv, Literatur über die DDR und die Zeit nach 1989, die Erfolge und Schwierigkeiten nach der Friedlichen Revolution, Widerstand gegen die SED-Diktatur, Flucht, Ausreise, Schüsse an der Grenze, das Nationale Naturmonument Grünes Band, die Kennzeichnung von Orten des Unrechts, die Erinnerung an Todesopfer der SED-Diktatur, Beratung Betroffener des SED-Unrechts und ihrer Kinder, Opfer der Hepatitis-C-kontaminierten Anti-D-Prophylaxe, familienhistorische Aufarbeitung der SED-Diktatur durch Kinder und Enkel von Opfern wie von Tätern, die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze ... – die Aufzählung ließe sich noch weiter fortsetzen. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist noch lange nicht zu Ende, zu viele Probleme einzelner oder ganzer Gruppen sind noch ungelöst.

Wie stark die DDR in vielerlei Hinsicht noch fortlebt, lässt sich in statistischen Landkarten erkennen. Egal, ob man Einkommensverhältnisse, Kindertagesbetreuung, Zeitungsabonnements, die Bevölkerungsentwicklung,

Ausländeranteil und Zuwanderung, den Altersdurchschnitt, die Beschäftigungsverhältnisse, aber und gerade auch die Wahlergebnisse auf Landkarten überträgt, so wird schnell die Fläche der DDR wieder deutlich sichtbar. Diese Zahlen zeigen eindrücklich, dass die Folgen der SED-Diktatur auch heute noch spürbar sind – ein Zeichen dafür, dass ihre Aufarbeitung weiterhin notwendig bleibt. Genau hier setzt die Arbeit des Landesbeauftragten an: Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit soll helfen, ihre Auswirkungen besser zu verstehen. Denn damit, dass auch nach 35 Jahren die Folgen der SED-Diktatur noch nicht überwunden sein würden, hatte 1990 wohl niemand gerechnet.

Für meine Behörde und mich stellt diese Situation Motivation und Aufgabe gleichermaßen dar. Welche Defizite es im Bereich von Anerkennung und Entschädigung bisher noch gab, zeigt beispielhaft die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze, die glücklicherweise am 30. Januar 2025 noch verabschiedet werden konnte. Aber auch darüber hinaus bedarf es noch spürbarer Verbesserungen, beispielsweise für die Betroffenen des Zwangsdopings im DDR-Leistungssport sowie der kontaminierten Anti-D-Prophylaxe.

Aber auch in der Erinnerungskultur gibt es noch große Herausforderungen. Das „Grüne Band“ bedarf weiterhin großer Unterstützung, insbesondere einzelne Vereine und Initiativen, die sich der Geschichte und der konkreten Auswirkungen der deutschen Teilung verschrieben haben. Wir streben dort und an anderen Stellen im öffentlichen Raum eine angemessene Erinnerung



an die Todesopfer der kommunistischen Diktatur seit 1945 an. Dazu gehören nicht nur die Grenzopfer, sondern auch die vielen Menschen, die von sowjetischen Militärtribunalen zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden.

Ich danke allen Unterstützern in Vereinen und Verbänden, in anderen Institutionen und Behörden, in der Landesregierung, den Ministerien und der Landtagsverwaltung und vor allem Ihnen, liebe Mitglieder des Landtages, und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit,

Ihr Johannes Beileites

1. Der Landesbeauftragte und seine Behörde

Seit dem 8. April 2024 ist Johannes Beleites der Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Er wurde vom Landtag Sachsen-Anhalts gewählt und ist nach Edda Ahrberg (1995-2005), Gerhard Ruden (2005-2010) und Birgit Neumann-Becker (2013-2024) der vierte Landesbeauftragte. Seine Rechtsstellung, die Aufgaben und die Tätigkeit werden im Gesetz über die Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (AufarbBG LSA) vom 10. Dezember 2015 geregelt. Danach kann sich jeder in Angelegenheiten, die mit dem Gesetz zusammenhängen, an den Landesbeauftragten wenden. Er ist bei der Ausübung seines Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen und untersteht im Übrigen der Dienst- und Rechtsaufsicht des Landtagspräsidenten. Die Amtszeit beträgt fünf Jahre; eine einmalige Wiederwahl ist möglich.

Die Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sind eine Besonderheit der ostdeutschen Bundesländer. Ursprünglich als „Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR“ eingerichtet, waren sie zunächst vor allem Ansprechpartner für Betroffene von SED-Unrecht: Sie sollten Menschen, die Unrechtsmaßnahmen der Stasi wie Haft, Zersetzung und Ausspähung erlitten hatten, beim Zugang zu den Unterlagen der Staatssicherheit beraten und unterstützen. Dabei verwalteten die Landesbeauftragten die Stasi-Unterlagen nicht selbst. Dies lag bis 2021 in der Verantwortung des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU); 2021 sind die Stasi-Unterlagen dem Bundesarchiv zugeordnet worden.

Wegen der leicht missverständlichen Bezeichnung und der Erweiterung der Aufgaben wurde in Sachsen-Anhalt das Amt zum 1. Januar 2017 in „Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ umbenannt; so heißt auch die vom Landesbeauftragten geleitete Behörde. Heute beruht die Arbeit des Landesbeauftragten auf drei Säulen: beraten, erforschen, informieren.

Beraten

Die Beratung von Betroffenen von SED-Unrecht macht unvermindert den wesentlichen Teil der Arbeit des Landesbeauftragten aus. Bei der Beratung geht es um drei Bereiche, die in vielen Fällen eng miteinander verbunden sind. Die Behörde berät Betroffene von SED-Unrecht, wenn sie einen Antrag auf Rehabilitierung oder auf Entschädigungsleistungen stellen wollen. Sie informiert sie darüber, welche Rehabilitierungsform für ihren konkreten Fall in Betracht kommt (strafrechtliche, verwaltungsrechtliche, berufliche Rehabilitierung) und unterstützt sie bei der Beschaffung der notwendigen Unterlagen. Da für Betroffene die Antragstellung und die damit verbundene Auseinandersetzung mit dem erlittenen Unrecht sehr belastend sein kann, bieten die speziell geschulten Mitarbeiter auch eine sozialpsychologische Begleitung an. Ein dritter Bereich ist die Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Beantragung auf Einsicht in die Akten, die der Staatssicherheitsdienst über sie angelegt hat.

Erforschen

Um das Ausmaß und die Wirkungsweise des SED-Unrechts zu erfassen, sind intensive Forschungsarbeiten erfor-

derlich. Dies betrifft den Staatssicherheitsdienst mit seinem umfangreichen Unterdrückungs- und Überwachungssystem, aber auch die Tätigkeit der Parteien und Massenorganisationen sowie der staatlichen Behörden und Einrichtungen. Denn die SED versuchte nahezu alle Lebensbereiche zu kontrollieren und zu beeinflussen. Viele Themen der Forschung ergeben sich auch aus der Beratung. Die Forschungsergebnisse haben wiederum Auswirkungen auf die Rehabilitierungs- und Entschädigungsgesetzgebung und -praxis. Beispiele aus der Arbeit der Behörde sind die Forschungen zu den Jugendhäusern und Jugendwerkhöfen, zu den Folgen der mit Hepatitis-C-Viren kontaminierten Anti-D-Prophylaxe-Impfungen von 1978/79, zu den gesundheitlichen Folgeschäden von politisch motivierter Haft, zum Zwangsdoping und zu den venerologischen Stationen. Die Behörde des Landesbeauftragten ist allerdings keine Forschungseinrichtung im eigentlichen Sinn. Aber sie regt Forschungen an, sie unterstützt und fördert sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten. In einem begrenzten Maß, etwa im Zusammenhang in Ausstellungs- und Publikationsprojekten führt sie auch eigene Forschungen durch.

Informieren

Die Information der Öffentlichkeit über die Funktion und Wirkungsweise der SED-Diktatur ist das dritte große Aufgabenfeld des Landesbeauftragten. Diese historische Bildungsarbeit dient auch der Festigung und Stärkung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Denn in der Auseinandersetzung mit der diktatorischen Vergangenheit wird die Bedeutung von Demokratie, Freiheit sowie Grund- und Menschenrechten deut-

Die Arbeit des Landesbeauftragten beruht auf drei Säulen: beraten, erforschen, informieren.

licher. Die historische Bildungsarbeit steht gegenwärtig vor der Herausforderung, dass die Verklärung der DDR-Vergangenheit zunimmt. Die Erfahrungen in den Jahrzehnten der Transformation nach der Friedlichen Revolution und der deutschen Vereinigung scheinen dafür von großer Bedeutung. Die historische Bildungsarbeit zur SED-Diktatur unter Beachtung der Transformationszeit kann dazu beitragen, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Dies geschieht über verschiedene Veranstaltungsformate in der Jugend- und Erwachsenenbildung wie Lesungen, Vorträge, Diskussionen, Film- und Theateraufführungen und durch Online-Veranstaltungen. Zunehmend werden aber auch digitale Formate relevanter. Denn gerade um auch breitere Bevölkerungsschichten anzusprechen, müssen diese in ihrer eigenen Lebenswelt abgeholt werden.

Die Struktur der Behörde

Die Behörde hat neben dem Landesbeauftragten neun Mitarbeiter (vier Referenten und fünf Sachbearbeiter), davon sind zwei in Teilzeit. Hinzu kommen derzeit zwei Mitarbeiter im Freiwilligen Sozialen Jahr.

Im Jahr 2024 verfügte der Landesbeauftragte ohne Personalkosten über ein Budget von 557.100 Euro. Für das Haushaltsjahr 2025 wurden 502.800 Euro bewilligt.

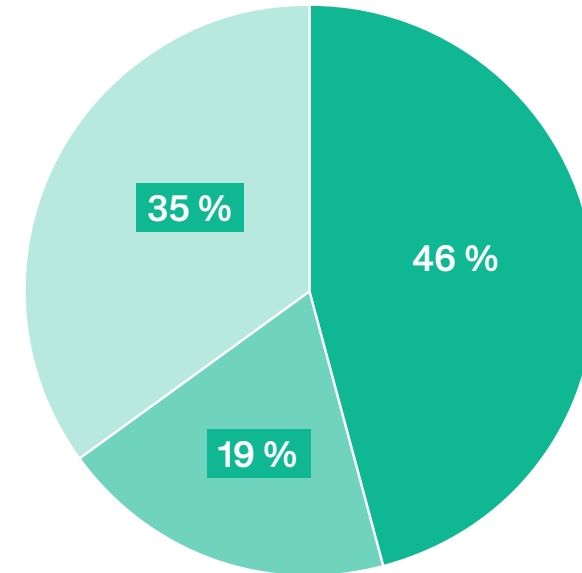
Die Mittel verteilen sich im Wesentlichen wie folgt:

Sicherstellung der Dienstfähigkeit
Etwa 194.900 Euro – rund 35 % des Haushalts – wurden 2024 für den laufenden Betrieb der Behörde verwendet. Dazu zählen Miet- und Nebenkosten, die Anschaffung technischer Ausstattung für die



Die Mitarbeiter der Behörde: sitzend (v.l.n.r.) Kristin Meier, Yvonne Kalinna, Johannes Beleites, Sabine Fritzke, Michaela Gieseler. Hintere Reihe: Dr. Wolfram von Scheliha, Maurice Tjepelmann, Elke Kucera, Christian Teuber, Anton Kollatz.

Ausgaben des Landesbeauftragten



- Förderungen
- Öffentlichkeitsarbeit
- Sicherstellung der Dienstfähigkeit

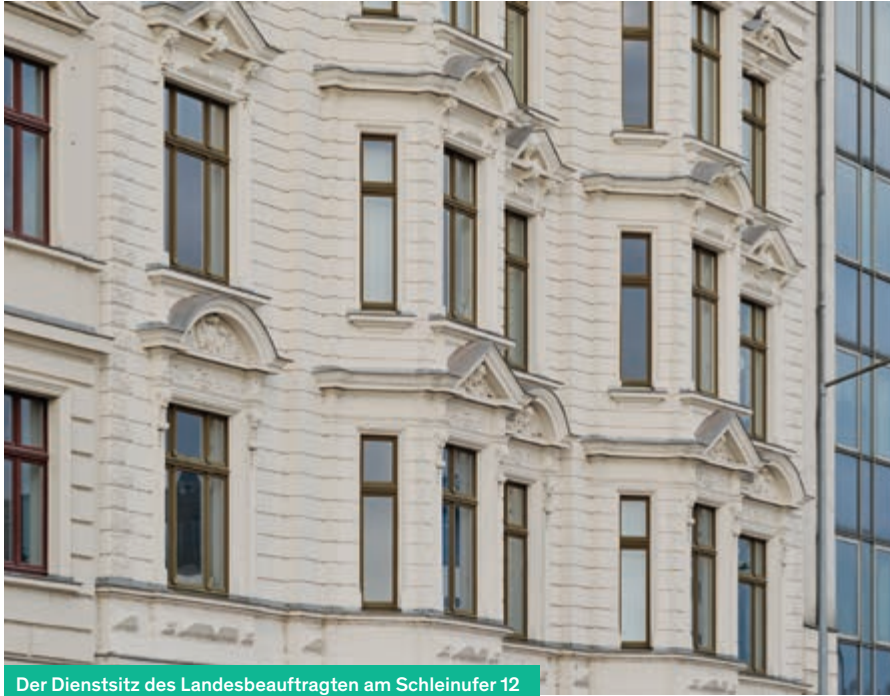
Mitarbeitenden sowie Ausgaben für Fachliteratur, Fortbildungen und Dienstreisen. Für 2025 sind in diesem Bereich 171.700 Euro eingeplant, was 34 % des Gesamtbudgets entspricht.

Öffentlichkeitsarbeit
Für Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit – darunter Veranstaltungen und Publikationen – wurden 2024 insgesamt 105.300 Euro aufgewendet, was etwa 19 % des Budgets ausmacht. Diese Mittel flossen unter anderem in den Bundeskongress der Landesbeauftragtenkonferenz, das Halle-Forum, Lesungen und Begegnungstage verschiedener Beratungsgruppen sowie die Produktion der Roll-Up-Ausstellung „Fluchtpunkt Botschaft Prag“. Im Jahr 2025 sind für diesen Bereich

84.600 Euro vorgesehen, was rund 17 % des Gesamtetats entspricht.

Förderungen
Den größten Anteil der Mittel machten 2024 mit 256.900 Euro – etwa 46 % der Gesamtausgaben – Förderungen aus. Damit wurden unter anderem die Beratungsangebote des Caritas Regionalverbandes Magdeburg e. V. sowie das psychosoziale Beratungsnetzwerk des Magdeburger Uniklinikums finanziert. Darüber hinaus erhielten Initiativen und Vereine Unterstützung, die sich mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur und erinnerungskulturellen Projekten in Sachsen-Anhalt befassten. Ein Bestandteil dieser Fördermittel ist der Härtefallfonds für politisch Verfolgte

Den größten Teil der Sachausgaben machten 2024 die Förderungen aus.



Der Dienstsitz des Landesbeauftragten am Schleinufer 12 in Magdeburg.

in der SBZ/DDR, der für 2024 und 2025 mit jeweils 100.000 Euro verstetigt wurde. Im Jahr 2025 stehen für Förderungen insgesamt 221.500 Euro zur Verfügung, was einem Anteil von rund 49 % entspricht.

Zusammenarbeit mit öffentlichen Einrichtungen des Landes und des Bundes

Der Landesbeauftragte arbeitet mit Ministerien, Behörden, Parlamenten, Kommunen und anderen öffentlichen Einrichtungen bei Fragen der Aufarbeitung der SED-Diktatur zusammen. Während die Zahl der Überprüfungen von Mitarbeitern und Mandatsträgern im Hinblick auf eine frühere Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit und damit auch die diesbezügliche

Beratungsarbeit des Landesbeauftragten deutlich abgenommen hat, verlagert sich die Zusammenarbeit zunehmend auf den Austausch zu Schnittmengen in den jeweiligen Arbeitsbereichen und auf gemeinsame Veranstaltungsformate. Beispielhaft sind das Ausbildungsmodul für Rechtsreferendare, Fortbildungen für Lehrkräfte und Ausstellungen zu nennen. Insbesondere mit den Kommunen und Landkreisen besteht eine sehr gute Zusammenarbeit bei den Angeboten des Landesbeauftragten zur Beratung für Betroffene von SED-Unrecht.

Eine sehr intensive und vertrauensvolle Zusammenarbeit gibt es auch mit der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, der Landeszentrale für politi-

sche Bildung und den Außenstellen des Bundesarchivs, den Stasi-Unterlagen-Archiven in Magdeburg und Halle. Mit diesen Einrichtungen werden jedes Jahr eine Vielzahl von Veranstaltungen gemeinsam geplant, finanziert und durchgeführt. Dazu zählen das jährliche Halle-Forum, die Ausbildungsmodulare für Rechtsreferendare, die Lehrerfortbildungen, die Exkursionen an das Grüne Band, Ausstellungs- und Veranstaltungsprojekte sowie Gedenkveranstaltungen. In Bezug auf die Erinnerungskultur am Nationalen Naturmonument „Grünes Band“ arbeitet der Landesbeauftragte neben der Landeszentrale für politische Bildung und der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt auch sehr eng mit dem Institut für Landesgeschichte im

Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie zusammen.

Ein regelmäßiger Austausch und eine Zusammenarbeit besteht auch mit dem Landesarchiv Sachsen-Anhalt an seinen verschiedenen Standorten.

Der Arbeitskreis Aufarbeitung

Die Akteure im Bereich Aufarbeitung in Sachsen-Anhalt haben sich 1996 zum „Arbeitskreis Aufarbeitung“ unter der Federführung des Landesbeauftragten zusammengeschlossen. Die regelmäßigen Treffen dienen dem Austausch, der Abstimmung von Veranstaltungen und der Ideenentwicklung sowie Planung gemeinsamer Vorhaben.

Der Landesbeauftragte arbeitet mit Behörden, öffentlichen Einrichtungen, Vereinen und Bürgerinitiativen bei Fragen der Aufarbeitung zusammen.

Mitglieder im Arbeitskreis Aufarbeitung

- Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
- Landeszentrale für politische Bildung
- Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt (mit den einzelnen Gedenkstätten)
- Ministerium für Bildung
- Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archive Magdeburg und Halle
- Institut für Landesgeschichte im Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie
- Stadtarchiv Magdeburg / Historische Kommission Sachsen-Anhalt
- Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V.
- Verein Zeitgeschichte(n) e.V. ,
- Landesheimatbund e.V.
- Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Sachsen-Anhalt e.V.
- Friedrich-Ebert-Stiftung für die Freiheit, Landesbüro Sachsen-Anhalt
- Konrad-Adenauer-Stiftung, Landesbüro Mitteldeutschland
- Heinrich-Böll-Stiftung, Landesbüro Sachsen-Anhalt
- Friedrich-Naumann-Stiftung, Landesbüro Sachsen-Anhalt
- Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.



Verbandstreffen in Kooperation mit dem Niedersächsischen Netzwerk SED- und Stasi-Opfer am 14. Mai 2024 in Hannover.

Zusammenarbeit mit Verbänden und Aufarbeitungsinitiativen

Mit Betroffenenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen kommt der Landesbeauftragte regelmäßig zusammen.

Die Aufarbeitung der Vergangenheit und die Entwicklung einer lebendigen Erinnerungskultur hängt wesentlich vom zivilgesellschaftlichen Engagement ab. Deshalb bildet die Zusammenarbeit mit den Betroffenenverbänden und zivilgesellschaftlichen Betroffeneninitiativen in Sachsen-Anhalt und die Unterstützung ihrer Arbeit ein wichtiges Element in der Arbeit des Landesbeauftragten. Der Landesbeauftragte fördert einzelne Projekte der Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen oder arbeitet mit ihnen bei einzelnen Projekten und Veranstaltungen zusammen. Der Austausch mit den Betroffenenverbänden ist aber auch für die Beratungsarbeit von großer Bedeutung. Auf diese Weise lassen sich besondere Probleme, Bedarfe und Defizite schnell

erkennen und darauf reagieren. Darüber hinaus besteht ein regelmäßiger Kontakt und Austausch mit dem Netzwerk SED- und Stasi-Opfer in Niedersachsen.

Für viele Betroffenenverbände und Aufarbeitungsinitiativen stellt sich 35 Jahre nach der Friedlichen Revolution auch die Frage des Generationenwechsels. Ein gelungener Übergang entscheidet hier oft über das Fortbestehen eines Vereins oder einer Initiative. Ein solcher Prozess ist für die Beteiligten oft schmerzhaft und mitunter auch von Konflikten begleitet. Nachwachsende Generationen, gerade auch wenn sie nicht mehr zur „Erlebnisgeneration“ gehören, haben manchmal andere Fragen, andere Interessen und andere Herangehensweisen. Der Landesbeauftragte sieht seine Aufgabe auch darin, bei Bedarf den Generationenwechsel moderie-

rend zu begleiten, um auch langfristig ein zivilgesellschaftliches Engagement beim gemeinsamen Anliegen der Aufarbeitung der SED-Diktatur zu erhalten.

Mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren am Nationalen Naturmonument Grünes Band steht der Landesbeauftragte vor allem im Bereich der Erinnerungskultur ebenfalls in einem regelmäßigen Austausch. Mit speziell zur Förderung von kulturellen Projekten ausgewiesenen Haushaltsmitteln kann er regelmäßig Einzelprojekte in Höhe von bis zu 5.000 Euro unterstützen.

Das Verbandstreffen

Für den regelmäßigen Austausch mit den Verbänden und Aufarbeitungsinitiativen hat sich das Verbandstreffen etabliert. Es dient der gegenseitigen Information, der Diskussion von drängenden Anliegen und der Ent-

wicklung von gemeinsamen Projekten und Initiativen. Das Verbandstreffen findet in der Regel zweimal jährlich in den Räumen des Landesbeauftragten statt.

Konferenz der Landesbeauftragten

Zur Abstimmung und Koordinierung ihrer Arbeit haben sich die Aufarbeitungsbeauftragten der ostdeutschen Bundesländer zusammen mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zur „Konferenz der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur“ zusammengeschlossen. Sie steht auch in einem engen und regelmäßigen Austausch mit der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag, dem Stasi-Unterlagen-Archiv im Bundesarchiv sowie der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG). Die Konferenz der Landesbeauftragten tritt in der Regel einmal im Monat zusammen.

Mitglieder des Verbandstreffens

- Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
- Bürgerkomitee Magdeburg e.V.
- Gedenkstätte Moritzplatz
- Caritasverband im Bistum Magdeburg
- Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Sachsen-Anhalt e.V.
- Union der Opferverbände der Kommunistischen Gewaltherrschaft e.V.
- Grenzdenkmalverein Hötensleben e.V.
- Heimatverdrängtes Landvolk – Bauernverband der Vertriebenen e.V.
- Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e.V.
- Zeitgeschichte(n) e.V.
- Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
- Landesverwaltungsamt

Gremienarbeit des Landesbeauftragten

Der Landesbeauftragte wirkt in verschiedenen beratenden Gremien im Bereich der Aufarbeitung der SED-Diktatur mit.

- Stiftungsrat der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt
- Beirat der Stiftung Rechtsstaat Sachsen-Anhalt e.V.
- Beratungsgremium des Bundesarchivs nach § 39 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes
- Dialogforum bei der Opferbeauftragten des Deutschen Bundestages
- Anerkennungsausschuss für DDR-Unrecht der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (endete mit Erstattung des Abschlussberichts im November 2024)
- Fachbeirat des Verbundprojekts „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht“
- Fachbeirat „Grünes Band Sachsen-Anhalt“

Die Zusammenarbeit der Landesbeauftragten hat sich insbesondere im Vorfeld der im Januar 2025 vom Deutschen Bundestag beschlossenen Reform der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze bewährt, denn auf diese Weise konnten die Forderungen und Änderungsvorschläge abgestimmt, gemeinsam formuliert und die Gespräche mit den politischen Entscheidungsträgern auf verschiedenen Ebenen koordiniert werden. Dieses gemeinsame Vorgehen auch im Verbund mit den Verfolgtenverbänden hat den Forderungen insgesamt ein größeres Gewicht verliehen und zum erfolgreichen Abschluss der Reform beigetragen.

In der Konferenz der Landesbeauftragten werden darüber hinaus besondere Themen, Probleme und Tendenzen in der Beratungs- und Aufarbeitungsarbeit aufgegriffen, diskutiert und gemeinsam nach Lösungen gesucht, wenn beispielsweise aus der Beratung heraus Forschungsdefizite erkennbar sind. Aus einem solchen Prozess ist das vom Beauftragten der Bundes-

regierung für Ostdeutschland finanzierte Verbundprojekt „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht“ hervorgegangen. In dessen Beirat sind wiederum alle Landesbeauftragten, die SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag sowie die Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vertreten. Die Ergebnisse dieses Verbundprojekts hatten unmittelbaren Einfluss auf die Reform der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze, etwa im Hinblick auf die Anerkennung von gesundheitlichen Folgeschäden von politischer Haft.

Die Konferenz der Landesbeauftragten veranstaltet zusammen mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag im Verbund mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen den jährlichen Bundeskongress. Er wird im jährlichen Turnus von einem der Landesbeauftragten ausgerichtet. In Sachsen-Anhalt fand der letzte Bundeskongress 2023 in Wernigerode

statt. 2024 war der Veranstaltungsort Erkner, 2025 ist es Berlin.

Bei zentralen, bundesweiten Veranstaltungen tritt die Konferenz der Landesbeauftragten regelmäßig mit einem gemeinsamen Informationsstand auf. So bei dem jährlich in einem anderen Bundesland stattfindenden „Fest der Einheit“ am 3. Oktober, beim Deutschen Evangelischen Kirchentag (zuletzt 2023) oder beim Katholikentag im Jahr 2024 in Erfurt.

Zusammenarbeit mit der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag

Mit der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag steht der Landesbeauftragte in einem engen und intensiven Austausch. Durch die Schaffung dieses Amtes im Jahr 2021 hat sich der Kommunikationsweg zu

den Abgeordneten des Deutschen Bundestags erheblich erleichtert. Dies ist deswegen von zentraler Bedeutung, weil die SED-Unrechtsbereinigungsgesetze Bundesrecht sind. Die Zusammenarbeit mit der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag hat wesentlich zur Durchsetzung zentraler Forderungen bei den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen im Januar 2025 beigetragen. Da die SED-Opferbeauftragte künftig bei der Vergabe der Mittel aus dem bundesweiten Härtefallfonds einen entscheidenden Einfluss hat, wird die Zusammenarbeit künftig noch weiter an Bedeutung gewinnen.

Der Landesbeauftragte nimmt regelmäßig an Veranstaltungen der SED-Opferbeauftragten in Berlin teil und führt im Land Sachsen-Anhalt gemeinsame Veranstaltungen durch.



Fachgespräch der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag am 1. Februar 2024.

Mit der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag besteht ein enger und intensiver Austausch.

2. Schwerpunkte der Arbeit 2024

Nach elf Jahren im Amt wurde Birgit Neumann-Becker als Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur am 3. April 2024 verabschiedet.

Ihre Amtszeit war geprägt von intensiver Unterstützung der Betroffenen von SED-Unrecht und der kontinuierlichen Auseinandersetzung mit der belastenden DDR-Vergangenheit in Sachsen-Anhalt. Sie arbeitete dabei eng und vertrauensvoll mit Opferverbänden sowie Aufarbeitungsinitiativen zusammen und pflegte einen kontinuierlichen Dialog mit Ministerien, Behörden und öffentlichen Einrichtungen.

In ihrer Amtszeit erfolgte die Neufassung des Landesgesetzes über die Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (AufArbBG LSA) und die Umbenennung der Behörde (zuvor: Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik in Sachsen-Anhalt). Dieser Prozess ging einher mit einer organisatorischen Neuordnung:

So erfolgte ein Wechsel aus dem Verantwortungsbereich des Ministeriums für Justiz in die unmittelbare Zuständigkeit des Landtags, eine Erweiterung der Aufgaben, die Aufstockung des Personals und ein Umzug in die neuen Räumlichkeiten am Schleinufer in Magdeburg.

Die Arbeit der Landesbeauftragten Neumann-Becker fokussierte sich vor allem auf die Förderung von Bildung, Forschung und psychosozialer Beratung. Unter ihrer Leitung entstand eine umfangreiche Studienreihe, die eine fundierte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diversen Aufarbeitungsthemen ermöglichte. Zu den wichtigsten Veröffentlichungen gehören der Sonderband „Vertuschter Skandal. Die kontaminierte Anti-D-Prophylaxe“ sowie die Studie „Disziplinierung durch Medizin. Die ge-



Wechsel im Amt des Landesbeauftragten: Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger, Birgit Neumann-Becker, Johannes Beleites (v.l.n.r.).

schlossene Venerologische Station in der Poliklinik Mitte in Halle (Saale) 1961–1982“. Darüber hinaus wurden in Zusammenarbeit mit verschiedenen Kooperationspartnern die Wanderausstellungen „Hammer-Zirkel-Stacheldraht. Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR“, „An der Grenze erschossen. Erinnerung an die Todesopfer des DDR-Grenzregimes in Sachsen-Anhalt“ und „MENSCHEN RECHT FREIHEIT PROTEST. Der Aufstand vom 17. Juni in Sachsen-Anhalt“ realisiert. Auch die Beratung und Unterstützung im Rahmen des Heimkinderfonds zählten zu den bedeutenden Projekten ihrer Amtszeit.

Am 8. April 2024 übernahm Johannes Beleites die Nachfolge von Birgit Neumann-Becker. Der 1967 in Halle (Saale) geborene Beleites war bereits in den 1980er-Jahren in der oppositionellen Umwelt- und Friedensbewegung der DDR aktiv. Aufgrund seines Engagements gegen das SED-Regime wurde er von der Staatssicherheit

überwacht und in seinen beruflichen Möglichkeiten eingeschränkt. Nach der Friedlichen Revolution setzte er sich intensiv für die Aufarbeitung des DDR-Unrechts ein, unter anderem im Bürgerkomitee Leipzig und im Sonderausschuss der letzten DDR-Volkammer zur Auflösung des MfS.

Am 21. Februar 2024 wählte der Landtag von Sachsen-Anhalt Beleites mit breiter Mehrheit aus allen Fraktionen zum neuen Landesbeauftragten. Mit 81 von 92 Stimmen wurde er auch überparteilich anerkannt. In seiner Antrittsrede kündigte Beleites an, die bisherige Arbeit seiner Vorgängerin fortzuführen und gleichzeitig neue Akzente zu setzen. Ein besonderer Schwerpunkt seiner Arbeit ist die Auseinandersetzung mit den langfristigen Folgen der SED-Diktatur, die sich in den Lebensumständen der Betroffenen sowie in öffentlichen Debatten über den Umgang mit der DDR nach 1989 widerspiegeln.

Im April 2024 übernahm Johannes Beleites das Amt des Landesbeauftragten von Birgit Neumann-Becker.

Die feierliche Amtsübergabe fand am 24. April 2024 im Landtag von Sachsen-Anhalt statt. Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger würdigte die Verdienste von Birgit Neumann-Becker und hob ihr Engagement für die Aufarbeitung der SED-Diktatur hervor. Gleichzeitig hieß er Johannes Beleites als neuen Beauftragten willkommen. Zahlreiche Vertreter aus Fraktionen, Opferverbänden, Gedenkstätten und zivilgesellschaftlichen Organisationen nahmen an der Veranstaltung teil.

Die Reform der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze bringt den Betroffenen von SED-Unrecht deutliche Verbesserungen.

In seiner Ansprache betonte Beleites, dass es ihm ein Anliegen sei, die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit weiter zu vertiefen. „Solange es Betroffene der SED-Diktatur gibt, die einer Unterstützung bedürfen, wird diese Behörde immer ein Anlaufpunkt für sie bleiben“, betonte Beleites anlässlich seines Amtsantritts.

Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze

Die Reform der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze bildete im Jahr 2024 einen wesentlichen Schwerpunkt der Arbeit des Landesbeauftragten. Bereits bei der letzten Gesetzesnovelle im Jahr 2019 war für 2024 eine Revision vorgesehen. Eine nachhaltige Verbesserung für die Betroffenen des SED-Unrechts versprach auch der Koalitionsvertrag von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen von 2021. Seit dieser Zeit warben die Landesbeauftragten, die SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag und die Verfolgtenverbände in persönlichen Gesprächen und öffentlichen Diskussionen, beispielsweise auf der Tagung zu den Zwangsaussiedlungen 2022 in Magdeburg und auf dem Bundeskongress 2023 in Wernigerode für deutliche Verbesserungen bei den Leistungen für die SED-Unrechtsbetroffenen.

Vor diesem Hintergrund legte das Bundesministerium der Justiz im Frühjahr 2024 einen Referentenentwurf vor, der jedoch weit hinter den Erwartungen zurückblieb. Hauptkritikpunkte waren, dass der Entwurf die Einführung der Vermutungsregelung bei der Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden bei Haftstrafen aus politischen Gründen in DDR-Gefängnissen noch immer nicht vorsah. Die Opferpension sollte zwar angehoben, aber nicht signifikant erhöht werden. Auch die Höhe der nun erstmals vorgesehenen Einmalzahlung für Betroffene von Zwangsumsiedlungen aus dem Grenzgebiet fiel vergleichsweise gering aus.

Die Konferenz der Landesbeauftragten, die SED-Opferbeauftragte und die Verfolgtenverbände, insbesondere die UOKG, kritisierten den Referentenentwurf stark und forderten deutliche Nachbesserungen. In persönlichen Gesprächen mit Abgeordneten des Bundestages und der Landtage und den zuständigen Fachministern versuchten sie die dort vorgebrachten Einwände zu entkräften und Verbesserungen zu erreichen. Durch die angesetzten Neuwahlen am 23. Februar 2025 infolge des Bruchs der Regierungskoalition drohte das Gesetzgebungsprojekt jedoch in dieser Legislaturperiode zu scheitern. Dies hätte zur Folge gehabt, dass das gesamte Gesetzgebungsverfahren im neuen Bundestag hätte neu aufgerollt werden müssen. Eine wie auch immer geartete Reform wäre dann erst mit einer deutlichen Verzögerung in Kraft getreten.

Doch der gemeinsame Einsatz hatte Erfolg: Fraktionsübergreifend einigten sich Vertreter von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP auf eine tatsächlich sehr umfassende Reform der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze, die schließlich der Deutsche Bundestag am 30. Januar 2025 auf einer seiner letzten Sitzungen verabschiedete und die der Bundesrat am 14. Februar 2025 bestätigte. Vorgesehen ist nun eine Erhöhung und Dynamisierung der Opferrente. Zudem ist künftig eine Auszahlung ohne vorherige Bedürftigkeitsprüfung möglich. Auch die Leistungen für beruflich Verfolgte werden erhöht und dynamisiert. Strafrechtlich Verfolgte erhalten künftig ein Zweitantragsrecht auf Rehabilitation. Eine wichtige Maßnahme ist zudem die Einführung der Vermutungsregelung bei der Anerken-



Die Landesbeauftragten setzten sich gemeinsam für die Gesetzesreform ein (v.l.n.r.): Burckhard Bley (Mecklenburg-Vorpommern), Dr. Maria Nooke (Brandenburg), Frank Ebert (Berlin), Johannes Beleites (Sachsen-Anhalt), Dr. Nancy Aris (Sachsen) und Dr. Peter Wurschi (Thüringen).



Die Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit Magdeburg-Moritzplatz.

nung gesundheitlicher Folgeschäden. Zudem wird ein bundesweiter Härtefallfonds eingeführt, um ehemals politisch Verfolgte in einer wirtschaftlichen Notlage zu unterstützen.

Der Landesbeauftragte Johannes Beleites dankte ausdrücklich allen Beteiligten an der Verabschiedung dieser wichtigen Reform für die Betroffenen des SED-Unrechts für die gute und konstruktive Zusammenarbeit. Im Jahr 2025 wird es eine zentrale Aufgabe sein, die Betroffenen über die beschlossenen Veränderungen zu informieren und die ausführenden Behörden bei ihrer Arbeit zu unterstützen.

Neue Wege in der Beratung

Die Behörde kann auf drei Jahrzehnte Beratung für Menschen zurückblicken, die vom SED-Unrecht betroffen sind. In dieser Zeit haben sich die Anerkennung von Unrechtserfahrungen und die Möglichkeiten zur Rehabilitation mehrfach weiterentwickelt. Dadurch hat sich auch der Kreis der Ratsuchenden verändert.

In den 1990er- und 2000er-Jahren wandten sich vor allem Personen mit klaren Ansprüchen auf strafrechtliche oder verwaltungsrechtliche Rehabilitation an die Behörde. Dazu zählten politisch Inhaftierte, Mitglieder oppositioneller Gruppen, die Zersetzungsmaßnahmen der Staatssicherheit oder berufliche Benachteiligungen erfahren haben, Menschen mit vereitelten Fluchtversuchen sowie Kinder und Jugendliche, die in Spezialkinderheimen untergebracht waren. In den letzten Jahren hat sich jedoch ein Wandel vollzogen: Immer mehr Menschen suchen Beratung, die keinen direkten Anspruch auf Leistungen

gemäß den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen haben. Viele Ratsuchende sind inzwischen älter, gesundheitlich eingeschränkt und haben erst spät von Rehabilitierungsmöglichkeiten erfahren. Auch Angehörige in zweiter oder dritter Generation treten vermehrt an die Behörde heran, um die Erlebnisse ihrer Eltern oder Großeltern in der SBZ und DDR besser zu verstehen.

Diese veränderten Anforderungen machen eine Neuausrichtung der Arbeit der Behörde notwendig. Hinzu kommt ein Generationswechsel im Team, der neue Perspektiven und Kompetenzen mit sich bringt. Johannes Beleites, der neue Landesbeauftragte, sieht in diesen Herausforderungen die Chance, die Beratungsarbeit weiterzuentwickeln. Seit Herbst 2024 arbeitet die Behörde gemeinsam mit dem Universitätsklinikum an einem interdisziplinären Konzeptansatz für die Fallarbeit. Dabei werden die Inhalte eines Beratungsgesprächs sorgfältig dokumentiert und nach historischen, juristischen und psychosozialen Gesichtspunkten analysiert. Diese Strukturierung ermöglicht es, komplexe Anliegen gezielt auf die jeweiligen Fachkompetenzen der Mitarbeitenden zu verteilen und die Ratsuchenden optimal zu unterstützen.

Ein Beispiel verdeutlicht die neue Herangehensweise: Frau Schmidt¹ berichtet in einem Erstgespräch von belastenden Situationen aus ihrer Vergangenheit, die zu Angstzuständen führen und ihren Alltag erschweren. Sie vermutet, dass diese mit Erfahrungen aus ihrer Kindheit und Jugend zusammenhängen. Als Kind oppositioneller Eltern wurde sie in der DDR in

Neue Wege in der Beratung werden die Betroffenen künftig optimal unterstützen.

¹ Namen geändert

mehrere Kinderheime eingewiesen, wo sie Missbrauch erlebte. An vieles aus dieser Zeit kann sie sich nicht mehr erinnern. Frau Schmidt möchte verstehen, was ihr in ihrer Kindheit zugestoßen ist und erhofft sich Hilfe bei der Inanspruchnahme von Rehabilitierungsmöglichkeiten.

„35 Jahre Friedliche Revolution“ war ein zentraler thematischer Schwerpunkt im Jahr 2024.

In der Nachbesprechung ihres Falls wird deutlich, dass Frau Schmidt verschiedene Unterstützungsbedarfe hat. Psychosozial kann sie im Umgang mit ihren Angstzuständen beraten werden, etwa durch Unterstützung bei der Suche nach einer Psychotherapie oder der Vermittlung in die Regelversorgung. Zudem kann ihr bei der biografie-geschichtlichen Recherche geholfen werden, um Aufenthalte in Kinderheimen zu rekonstruieren. Dabei werden mitunter Dokumente zu Einrichtungen ermittelt, wie im Fall eines Kinderheims in Ballenstedt oder eines Durchgangsheims in Halle, über die bisher nur wenig bekannt ist. Solche Fälle liefern oft Impulse für die historische Grundlagenforschung, die auch für andere Ratsuchende Relevanz haben. Denn die Ergebnisse dieser Recherchen sind nicht nur für Frau Schmidts Rehabilitierungsantrag von Vorteil, sondern sie helfen der Behörde auch, die Rehabilitierungswürdigkeit von Anträgen allgemein besser zu belegen und historische Zusammenhänge weiter aufzuarbeiten. Dieses interdisziplinär strukturierte Vorgehen ermöglicht es, komplexen Anliegen effizient und individuell gerecht zu werden.

35. Jahrestag der Friedlichen Revolution

Ein thematischer Schwerpunkt des Jahres 2024 war der 35. Jahrestag der Friedlichen Revolution von 1989. Dieses Ereignis wurde mit einer Reihe von Veranstaltungen, so mit der Lesereise von Lothar Tautz zu seinem Ende 2023 in der Studienreihe erschienen Buch „Die Solidarische Kirche als Wegbereiterin der Friedlichen Revolution“ begleitet. Diese Veranstaltungen fanden an verschiedenen Orten in Sachsen-Anhalt statt und boten Gelegenheit zu Diskussionen, Austausch von Erinnerung und kritischen Reflexionen über das Ereignis und die Entwicklung seit dieser Zeit.

Da der Landtag von Sachsen-Anhalt 2024 Ausrichter des „Fests der Freiheit“ am 30. September in der Deutschen Botschaft in Prag war – an diesem Tag hatte 1989 der damalige Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher den in die Botschaft geflüchteten DDR-Bürgern die Ausreiselerlaubnis verkündet – bildeten die Botschaftsfluchten den thematischen Schwerpunkt im Gedenkjahr, von dem ausgehend die gesamte Friedliche Revolution in den Blick genommen wurde. Der Landesbeauftragte hat dazu, gefördert vom Landtag, die Plakatausstellung „Fluchtpunkt Botschaft Prag“ erstellt. Auf sieben Plakattafeln wird in der Ausstellung die Lebensgeschichte von sechs Menschen erzählt, die 1989 aus dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt in die bundesdeutsche Botschaft nach Prag geflohen sind, um in die Freiheit zu gelangen. Die Ausstellung wurde in der Deutschen Botschaft in Prag und später im Landtag von Sachsen-Anhalt gezeigt.



Zentraler Festakt des Landtags von Sachsen-Anhalt zum 35. Jahrestag der Friedlichen Revolution am 3. September 2024: Landesbeauftragter Johannes Beleites bei seiner Ansprache.

Der zentrale Festakt des Landtags zum 35. Jahrestag der Friedlichen Revolution fand am 3. September 2024 statt. Die Festreden hielten Bundestagspräsidentin Bärbel Bas und der Landesbeauftragte Johannes Beleites. Im Anschluss fand ein vom Landesbeauftragten moderiertes Gesprächsforum mit Zeitzeugen statt, die 1989 in die Prager Botschaft geflohen waren.

„Grünes Band“

Die ehemalige innerdeutsche Grenze ist heute als „Nationales Naturmonument Grünes Band – vom Todesstreifen zur Lebenslinie“ ein wichtiger Erinnerungsort an das SED-Unrecht in Sachsen-Anhalt. Die innerdeutsche Grenze war Schauplatz von gewaltsamen Todesfällen, gelungenen und gescheiterten Fluchten und von Zwangsaussiedlungen. Die Öffnung von Mauer und Grenze symbolisieren

den Zusammenbruch der SED-Diktatur. Das Grüne Band und die Information über und die Erinnerung an das unmenschliche Grenzregime sind deshalb ein wichtiger Teil der Arbeit des Landesbeauftragten. Seine Behörde ist neben der Gedenkstättenstiftung und der Landeszentrale für politische Bildung als Akteur für die Erinnerungskultur im Grünen-Band-Gesetz des Landes ausdrücklich genannt. Als Vertreter der Opferverbände ist Johannes Beleites zudem Mitglied des Fachbeirats Grünes Band.

2024 förderte die Behörde wie schon im Vorjahr eine Lesereise von Ines Godazgar zu ihrem Buch „Grenzschicksale“. Die Ausstellung „An der Grenze erschossen. Erinnerung an die Todesopfer an der innerdeutschen Grenze“ wurde an verschiedenen Orten in Sachsen-Anhalt gezeigt und mit Veranstaltungen begleitet. Zusammen mit der Landeszentrale für

politische Bildung, dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, der Evangelischen Erwachsenenbildung und dem Lothar-Kreyssig-Ökumenezentrum wurden wieder zwei Exkursionen – diesmal nach Abbenrode/Stapelburg und nach Böckwitz-Zicherie – angeboten, die auf breites Interesse stießen.

in der Konferenz der Landesbeauftragten steht er auch im Austausch mit der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag, dem Ostbeauftragten der Bundesregierung sowie der Staatskanzlei Sachsen-Anhalts. Ziel ist es, aktiv an der inhaltlichen Ausgestaltung mitzuwirken und das Zukunftszentrum als einen Ort der Erinnerung, Forschung und des gesellschaftlichen Dialogs über Transformationsprozesse zu etablieren.

Halle und sein Umland stehen beispielhaft für die tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen nach 1989. Die Region war ein bedeutender Ort des Widerstands gegen die SED-Diktatur und ein Labor für den Vereinigungsprozess in Bezug auf die wirtschaftliche und soziale Transformation und die Sanierung der im Chemiedreieck von der SED-Diktatur hinterlassenen massiven Umweltschäden.

Mit dem Zukunftszentrum könnte in Halle auch ein erinnerungskultureller Ausgangspunkt für die Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Wandlungsprozessen der letzten Jahrzehnte entstehen. Sachsen-Anhalt, das nach 1989 einen tiefgreifenden und nachhaltig prägenden Wandel durchlaufen hat, bietet dafür einen authentischen Rahmen. Das Zentrum kann eine offene Plattform werden, auf der alle Gehör finden – ein Ort des Austauschs, der Reflexion und des gemeinsamen Lernens über Transformationserfahrungen in Deutschland und Europa.

Auch im Jahr 2024 hat der Landesbeauftragte wieder kleinere Kultur- und Erinnerungsprojekte am Grünen Band gefördert. Eine große Aufmerksamkeit erforderte die Mitarbeit am „Pflege-, Entwicklungs- und Investitionsplan“ (PEIP) zum Grünen Band, dessen Erstellung das Grüne-Band-Gesetz vorgibt. Der mehr als 700 Seiten umfassende PEIP beschreibt den Zustand und die Planungen am Grünen Band in den Bereichen Naturschutz und Erinnerungskultur.

Zukunftszentrum

Bereits 2022 fand der Standortwettbewerb für das Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation statt. Die damalige Landesbeauftragte unterstützte die Stadt Halle (Saale) in ihrem erfolgreichen Bewerbungsverfahren.

Seitdem hat das Vorhaben bedeutende Fortschritte gemacht. Die Zukunftszentrum gGmbH hat ihre Arbeit aufgenommen und ist in Halle präsent. Ein Standort am Riebeckplatz wurde gesichert und 2024 konnte der Architekturwettbewerb starten, dessen Prämierung im Frühjahr 2025 erfolgt.

Für die inhaltliche Vorbereitung dieses für Sachsen-Anhalt und die Bundesrepublik wichtigen Projekts engagiert sich der Landesbeauftragte intensiv. Neben den regelmäßigen Gesprächen

Das „Nationale Naturmonument Grünes Band“ ist ein wichtiger Erinnerungsort an das SED-Unrecht in Sachsen-Anhalt.

Themen in der öffentlichen Diskussion – Aufarbeitung, Erinnerung und öffentliche Diskurse

Angezweifelter Säuglingstod und Zwangsadoption

Der 2024 veröffentlichte Roman Maifliegenzeit von Matthias Jügler hat durch seine literarische Auseinandersetzung mit dem Thema vorgetäuschter Säuglingstode große öffentliche Aufmerksamkeit erregt. Demnach sei in der DDR häufig, wenn nicht gar systematisch, Müttern nach der Geburt mitgeteilt worden, ihr Kind sei während oder kurz nach der Entbindung verstorben. Tatsächlich – so die These in der öffentlichen Auseinandersetzung – sei es aber von parteitreuen Paaren adoptiert worden. Dieses hochsensible Thema berührt viele Betroffene,

insbesondere jene, die den Verlust ihres eigenen Kindes kurz nach der Geburt erlitten haben – eine Erfahrung, die mit tiefer emotionaler Belastung einhergeht. Infolge der medialen Rezeption des Romans erreichten den Landesbeauftragten vermehrt Anfragen von Eltern, die Unterstützung bei der Aufklärung des Schicksals von Kindern suchen, die unmittelbar nach der Geburt verstorben sind. Der Verlust dieser Kinder stellt für die Betroffenen bis heute eine große seelische Belastung dar.

Um den offenen Fragen der Betroffenen mit besonderer Sensibilität zu begegnen, werden die Mitarbeiter der Behörde bei Bedarf durch die Netzwerkarbeit mit dem Universitätsklinikum Magdeburg und dem Deutschen Institut für Heimerziehungsforschung unterstützt. Dort werden thematisch relevante Forschungsprojekte wie beispielsweise das seit 2022 vom



Am „Grünen Band“ bei Sorge.

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) geförderte Verbundprojekt „Politisch motivierte Zwangsadoptionen in der DDR“ durchgeführt. Denn die Aufklärung dieser Fälle gestaltet sich als äußerst schwierig, da dokumentarische Nachweise schwierig zu ermitteln und oft lückenhaft sind. Ein wissenschaftlich belastbarer Nachweis für einen systematischen Entzug von Säuglingen durch den SED-Staat ließ sich bislang nicht finden. Dennoch nimmt der Landesbeauftragte jeden Einzelfall sehr ernst und unterzieht ihn einer sorgsamsten Prüfung.

Auch deshalb suchte der Landesbeauftragte aktiv das Gespräch mit der Interessengemeinschaft Gestohlene Kinder der DDR, um sich intensiver mit der Thematik auseinanderzusetzen und das Wissen über historische Zusammenhänge sowie die Schicksale betroffener Familien zu vertiefen. Der Landesbeauftragte setzt sich weiterhin für eine transparente und einfühlsame Aufarbeitung dieser Thematik ein, um den Betroffenen sowohl Unterstützung als auch Antworten auf ihre drängenden Fragen zu ermöglichen.

Die Behörde bietet deshalb neben der Recherche in Archiven weiterhin psychosoziale Unterstützung an. Psychologisch geschulte Mitarbeiter stehen den Betroffenen zur Seite, um sie in ihrer Trauer zu begleiten und ihr Bedürfnis nach Aufklärung einfühlsam zu unterstützen.

Unterstützung für ehemalige DDR-Heimkinder: Beratung, Rehabilitation und psychosoziale Begleitung

Zwischen 1949 und 1989 durchliefen etwa eine halbe Million Kinder und Jugendliche das DDR-Heimsystem.

Neben Normalheimen existierten Spezialheime und Jugendwerkhöfe, in denen harte Erziehungsmaßnahmen angewandt wurden. Ziel war es, die Kinder zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ zu formen – oft unter Verletzung grundlegender Menschenrechte. Viele ehemalige Heimkinder leiden bis heute unter den Folgen dieser Erfahrungen.

Da die Heimeinweisungen bis zum Ende der DDR erfolgten, gehört ein Teil der Betroffenen zu einer vergleichsweise jungen Gruppe. Der Beratungsbedarf wird daher auch in Zukunft hoch bleiben. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Landesbeauftragten unterstützen die Betroffenen nicht nur bei Rehabilitierungsanträgen, sondern helfen ihnen auch, die eigene Biografie zu rekonstruieren. Dazu gehört oft eine intensive Archivrecherche, um Hintergründe der Heimunterbringung zu klären. Neben der rechtlichen Beratung besteht die Möglichkeit psychosozialer Unterstützung. Insbesondere Betroffene mit posttraumatischen Belastungsstörungen können in therapeutische Angebote vermittelt werden.

Vielen der ehemaligen Heimkinder sind die seit 2019 verbesserten Rehabilitierungsmöglichkeiten noch gar nicht bekannt. Der Landesbeauftragte versucht deshalb mit anderen Behörden eine Strategie zu entwickeln, diese gezielt anzusprechen und über ihre Rechte aufzuklären.

Ein besonderes Augenmerk gilt zudem den Herausforderungen, die sich für ehemalige Heimkinder im Alter ergeben. Viele berichten von Schwierigkeiten im Umgang mit traumatischen Erfahrungen, insbesondere bei alters- oder krankheitsbedingten

Krankenhaus- und Pflegeheimaufenthalten. Diese Problematik stand 2024 im Mittelpunkt eines Fachtages. Unter dem Titel „Vom Kinderheim zum Altenheim – Wie gelingt ein sensibler Umgang mit ehemaligen Heimkindern der DDR im Alter?“ diskutierten Psychologinnen, Historikerinnen sowie Expertinnen aus Altenarbeit und Pflege aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse. Ziel der Veranstaltung war es, Pflegekräften und Beratenden ein tieferes Verständnis für die besonderen Bedürfnisse dieser Betroffenen-Gruppe zu vermitteln.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Langzeitfolgen der Heimunterbringung. In einer Online-Veranstaltung der Reihe „SED-Unrecht: Aufarbeitung und Rehabilitation in Sachsen-Anhalt kompakt in 60 Minuten“ präsentierte Prof. Dr. Heide Glaesmer Erkenntnisse aus dem Forschungsverbund „Testimony – Erfahrungen in DDR-Kinderheimen“.

Die Aufarbeitung der Heimerfahrungen in der DDR bleibt eine zentrale Aufgabe – nicht nur in der rechtlichen Anerkennung, sondern auch in der langfristigen psychosozialen Begleitung. Aufgrund ihres Alters wird der Beratungsbedarf für ehemalige Heimkinder auch in den kommenden Jahren weiterhin bestehen.

Opfer der Hepatitis-C-kontaminierten Anti-D-Prophylaxe

Zwischen August 1978 und März 1979 wurden in der DDR mehreren Tausend Frauen im Zusammenhang mit ihrer Entbindung oder einem Schwangerschaftsabbruch zur Anti-D-Prophylaxe kontaminierte Blutpräparate injiziert. In aller Regel führte das zu einer

Veranstaltungen des Landesbeauftragten 2024

- 23 Gesprächs-, Lese- und Diskussionsveranstaltungen
- 17 Veranstaltungen in Schulen
- 11 Veranstaltungen der Online-Reihe „Aufarbeitung von SED-Unrecht kompakt“
- 8 Ausstellungen
- 6 Aus- und Fortbildungsveranstaltungen
- 3 Tagungen
- 2 Exkursionen

chronischen, bis heute andauernden Hepatitis C und damit zu vielfältigen und schwerwiegenden direkten und indirekten Nebenwirkungen und Folgeerkrankungen.

Vorausgegangen war dem ein zunächst unerkannter, rasch aber erkannter und dennoch durch staatlichen Druck vertuschter Fehler bei der Impfstoffherstellung. Zahlreiche Frauen wurden wenige Wochen nach der Impfung ohne ausreichende Aufklärung zwangsweise von ihren Neugeborenen und ihren Familien getrennt und für Wochen oder Monate auf Infektionsstationen eingewiesen. Sie litten infolgedessen häufig lebenslang nicht nur unter Hepatitis C und den Folgeerkrankungen, sondern auch unter dem Trauma ihrer Internierung und Trennung von ihren Kindern in einer sehr sensiblen Lebensphase für Mutter und Kind. Der trotz mitunter auch schon in der DDR erfolgten Anerkennung des Impfschadens prekären

Situation vieler Betroffener sollte mit dem im Jahr 2000 in Kraft getretenen Anti-D-Hilfe-Gesetz (AntiDHG) begegnet werden. Wegen etlicher Unzulänglichkeiten war es in der Folgezeit Gegenstand zahlreicher Petitionen und parlamentarischer Anfragen, blieb aber – abgesehen von einigen geringfügigen Anpassungen – unverändert.

Der Landesbeauftragte setzt sich für eine Unterstützung von Betroffenen des DDR-Zwangsdopings ein.

Zahlreiche betroffene Frauen wenden sich mit der Bitte um Hilfe und Beratung an den Landesbeauftragten, darunter auch Frauen, die erst durch die Berichterstattung der vergangenen Jahre von der Ursache ihrer nun schon jahrzehntelang andauernden Erkrankung erfahren haben. Die Vertuschung des Medizinskandals, mangelhafte Aufklärung über die Folgen der Erkrankung und kräftezehrende Anerkennungsverfahren erzeugten bei ihnen einen massiven Vertrauensverlust gegenüber Politik und Versorgungslandschaft.

Der Landesbeauftragte bietet in Zusammenarbeit mit der Universität Magdeburg eine psychosozial begleitete Gesprächsgruppe für Betroffene an. Gleichzeitig soll durch eigene Initiativen gemeinsam mit den Betroffenen, der UOKG und der Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag auf eine Verbesserung der gesetzlichen Regelungen sowie der Versorgungsbedingungen in den einzelnen Bundesländern auf eine nachhaltige Verbesserung der Situation der betroffenen Frauen hingewirkt werden.

Dopingopfer in der DDR: Fehlende Anerkennung und notwendige Unterstützung

Sportliche Erfolge bei Olympiaden, Weltmeisterschaften und anderen Wettkämpfen war ein wichtiges Instrument der SED-Führung, um internationale Anerkennung und Ansehen zu erhalten. Um dies zu ermöglichen, setzten die verantwortlichen Funktionäre gezielt systematisches Doping ein. Mit dem sogenannten „Staatsplanthema 14.25“ institutionalisierten sie 1974 die bereits praktizierte Dopingstrategie und bauten sie weiter aus. Dabei verabreichten Trainer, Sportärzte und andere Betreuer insbesondere Kindern und Jugendlichen ohne ihr Wissen und ohne die Zustimmung ihrer Eltern leistungssteigernde Substanzen. Die gesundheitlichen Folgen dieses staatlich organisierten Dopings traten oft erst Jahrzehnte später in Form schwerwiegender gesundheitlicher Beeinträchtigungen auf. Viele von ihnen leiden bis heute unter chronischen Erkrankungen, sind arbeitsunfähig oder schwerbehindert. Trotz der offenkundigen staatlichen Verantwortung für diese Schädigungen fehlt bis heute eine verwaltungsrechtliche Anerkennung.

Das Bundesverwaltungsgericht entschied im März 2024, dass das systematische staatliche Doping in der DDR weder als „politische Verfolgung“ noch als „Willkürakt im Einzelfall“ im Sinne des Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (VwRehaG) zu bewerten sei. Eine Rehabilitierung nach diesem Gesetz ist somit ausgeschlossen. Für viele Betroffene stellt diese Entscheidung eine große Enttäuschung dar, da ihnen damit eine rechtliche Anerkennung ihrer erlittenen Schäden verwehrt bleibt.



Zwar wurde mit dem Ersten und Zweiten Dopingopfer-Hilfegesetz (DOHG) eine finanzielle Unterstützungsmöglichkeit geschaffen, jedoch basieren diese Hilfen ausschließlich auf humanitären und sozialen Erwägungen. Ein umfassendes Entschädigungsrecht für Dopingopfer existiert nicht. Der Gesetzgeber hat bislang keine Initiative ergriffen, um Dopingopfer in die Regelungen des VwRehaG einzubeziehen. Dies führt dazu, dass viele Betroffene weiterhin das Gefühl haben, mit den gesundheitlichen und sozialen Folgen des Dopings alleine gelassen zu werden.

Im Zusammenhang mit der Reform der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze hat der Deutsche Bundestag am 30. Januar 2025 die Bundesregierung aufgefordert, einen geeigneten

rechtlichen Rahmen zu schaffen, um die Opfer des DDR-Zwangsdopings auf eine angemessene Weise zu entschädigen. Der Landesbeauftragte wird diesen Prozess auch weiterhin aufmerksam und unterstützend begleiten, um für die Betroffenen eine angemessene Lösung zu finden.

Viele Betroffene des DDR-Zwangsdopings zögern, über ihre Erfahrungen zu sprechen, da das Thema Doping in der Gesellschaft und im Sport weiterhin stigmatisiert ist. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, soll in der Behörde des Landesbeauftragten in Magdeburg, einer Stadt mit ausgeprägter Sportgeschichte, ein geschützter Raum für Austausch und persönliche Aufarbeitung geschaffen werden. Geplant ist die Etablierung eines Gruppenangebots, das Betroffene



Podiumsgespräch zur Friedlichen Revolution im Landtag: Zeitzeugen berichten von ihrer Flucht aus Sachsen-Anhalt in die bundesdeutsche Botschaft in Prag.

nen ermöglicht, ihre Erlebnisse zu verarbeiten und sich gegenseitig zu unterstützen.

Anerkennung und Versöhnung in der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM)

Im Jahr 2015 setzte der Landeskirchenrat der EKM einen Beirat für Versöhnung und Aufarbeitung ein, um die Situation von Menschen in den Blick zu nehmen, die durch die Einflussnahme staatlicher Behörden auch im Raum der Kirche zu DDR-Zeiten Nachteile erfahren hatten. In diesem Beirat arbeitete die damalige Landesbeauftragte mit; der heutige Landesbeauftragte hatte den Vorsitz inne. Der Beirat trug zahlreiche Informationen aus Archiven und von

Betroffenen zusammen. In Auswertung dieser Erkenntnisse formulierte der Landeskirchenrat 2017 ein Bußwort, das kirchliche Schuld gegenüber Betroffenen staatlicher Drangsalierung und Repression, die von kirchenleitenden Personen ausgeübt oder gar verstärkt worden war, bekannte und das ein Anerkennungsverfahren in Aussicht stellte.

Dazu berief der Landeskirchenrat der EKM einen Anerkennungsausschuss in dem u. a. auch die erste Landesbeauftragte, Edda Ahrberg, mitarbeitete; der heutige Landesbeauftragte Johannes Beleites wurde zum Vorsitzenden berufen. Im August 2024 wurde die Arbeit erfolgreich abgeschlossen; langjährig andauernde Konflikte konnten so einer Klärung

und Anerkennung von beiden Seiten zugeführt werden.²

Der Landesbeauftragte bringt seine Erfahrungen aus diesem Prozess in einer von den drei Landesbischöfen aus Magdeburg, Berlin und Schwerin einberufenen ad-hoc-Gruppe ein, die einen derartigen Versöhnungsprozess auf der Ebene der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD) anregen will.

Debatte über die Bewertung der DDR-Geschichte und Ostdeutsche Identität

Die Bücher von Dirk Oschmann (Der Osten. Eine westdeutsche Erfindung, 2023) und Katja Hoyer (Diesseits der Mauer, 2023) haben eine breite gesellschaftliche Debatte über die Bewertung der DDR-Geschichte und eine besondere ostdeutsche Identität in Gang gesetzt. Angesichts des sehr unterschiedlichen Wählerverhaltens bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen zwischen Ost und West hat diese Debatte auch eine gesamtstaatliche Relevanz. Beiden Autoren wurde allerdings vorgeworfen, sie würden die SED-Diktatur weichzeichnen und verharmlosen. Der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk hat 2024 mit seinem Buch „Freiheitsschock. Eine andere Geschichte Ostdeutschlands von 1989 bis heute“ eine ebenso streitbare Gegenschrift vorgelegt. Aus Sicht des Landesbeauftragten sind solche Debatten wichtig und notwendig. Sie bieten zugleich die

Möglichkeit, breitere Schichten der Bevölkerung zu einer Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit und zum Nachdenken darüber anzuregen. In Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung, der Gedenkstätte Roter Ochse, der Stadt Halle und der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt hat der Landesbeauftragte im Stadtmuseum Halle am 17. Oktober 2024 eine Lesung und Diskussion mit Ilko-Sascha Kowalczyk organisiert. Die Nachfrage war so groß, dass nicht alle Besucher eingelassen werden konnten.

Die Veranstaltung bot Raum für eine kritische Reflexion über die Nachwirkungen der Vergangenheit auf die Gegenwart. Sie zeigte auf, welche Herausforderungen für die demokratische Entwicklung in Ostdeutschland bestehen und wie die Gesellschaft diesen begegnen kann. Der Landesbeauftragte wird weiterhin den öffentlichen Diskurs zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen unterstützen.

Der Landesbeauftragte und seine Mitarbeiter nahmen 2025 teil an

- 52 Austauschtreffen
- 30 Veranstaltungen
- 14 Gedenkveranstaltungen
- 13 Gremiensitzungen
- 13 Ausstellungseröffnungen
- 12 Konferenzen der Landesbeauftragten
- 11 wissenschaftlichen Tagungen

² Der Abschlussbericht wurde im November 2024 der EKM-Landessynode übermittelt: <https://www.ekmd.de/asset/FuwwSNT-YTDCZWXo5YCLdGQ/ds-11-2-1-abschlussbericht-ekm-erkennungsausschuss-ddr-unrecht.pdf>

Zuwendungsempfänger	Nr.	Projekt	Fördersumme
VOS Sachsen-Anhalt	1	dezentrale Gedenkveranstaltungen	3.746,80 €
	2	Gedenkfahrt Böckwitz-Zicherie	2.925,00 €
	3	Verbandstreffen	1.270,50 €
	4	zentrale Gedenkveranstaltung zum 17. Juni	2.492,50 €
	5	Gedenkveranstaltung zu Beginn der Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze in Hötensleben	1.140,75 €
	6	Halle-Forum 2024	315,00 €
Grenzdenkmalsverein Hötensleben	7	Internationales Workcamp 2024	2.500,00 €
Heimatverein Langeneichstädt	8	Publikation zum 17. Juni 1953	767,64 €
Heimatverein Niegripp	9	Konzertlesung „Ich musste raus“	3.033,00 €
Landesheimatbund Sachsen-Anhalt	10	Interviews von Zeitzeugen für Vorbereitung eines Podcast	10.640,00 €
Förderverein Schloss Hessen	11	Laptop, Beamer, Zubehör, Transportkosten für Ausstellung im ehem. Wachturm innerdeutsche Grenze	2.250,00 €
Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg	12	Kompetenznetzwerk	39.000,00 €
Ev. Kirchengemeinde Bad Schmiedeberg	13	Ausstellungen nebst Begleitveranstaltungen „Demokratie braucht Erinnerung – Demokratie braucht jeden!“	1.800,00 €
Ev. Kirchengemeinde Bad Schmiedeberg	14	Ausstellung nebst Hängesystem „Friedliche Revolution und Deutsche Einheit kompakt“	450,00 €
Köthen Kultur und Marketing GmbH	15	Konzertlesung „Ich musste raus“	2.272,00 €
Miteinander e.V.	16	Konzertlesung „Ich musste raus“	2.472,00 €
Museumsverband Sachsen-Anhalt e.V.	17	Handreichung Kulturgutentzug	2.250,00 €
Hallescher Kunstverein	18	Fotoprojekt Reinhard Henze	6.000,00 €
Landesheimatbund Sachsen-Anhalt	19	Schnittstelle Datenportal	4.855,00 €

Förderungen zu Projekten am Grünen Band			
Grenzmuseum Sorge	20	Flyer-Erstellung und Druck	1.419,00 €
Museumsverein Böckwitz	21	Restaurierung Filmmaterial zur Grenzöffnung	718,65 €
Oebisfelder Heimatverein	22	Konzertlesung „Ich musste raus“	2530,80 €
Grenzdenkmal Hötensleben	23	Beamer, Holz für Bänke und überdachte Sitzgruppe	2.340,00 €
Heimatverein Stapelburg	24	Überdachung der Schautafeln am Grenzdenkmal	2.745,64 €
Grenzmuseum Sorge	25	Erstellung von drei neuen Schautafeln	513,04 €
Heimatverein Abbenrode	26	Flyer-Erstellung	1258,92 €

Projektförderungen durch den Landesbeauftragten

Der Landesbeauftragte unterstützte auch in diesem Jahr wieder die Initiativen und Projekte von Vereinen und Institutionen in Sachsen-Anhalt durch finanzielle Projektförderungen. Dafür standen ihm Gesamtmittel in Höhe von etwa 100.000 Euro zur Verfügung. Dank des unermüdlichen Engagements der Vereine konnten zahlreiche und vielfältige Projekte realisiert werden – von der Beratungsunterstützung für Betroffenenvereine über Publikations- und Ausstellungsförderungen bis hin zu Zeitzeugeninterviews für ein Podcast-Projekt.

Besonders im Jahr 2024 wurde deutlich, dass nicht nur die Vereine, in denen sich von SED-Unrecht Betroffene engagieren, von diesen Fördermaßnahmen profitieren, sondern auch Kulturvereine zunehmend bei ihren Projekten unterstützt werden konnten. Der Landesbeauftragte sieht hierin einen Generationswechsel: Während in den vergangenen Jahrzehnten Betroffenenvereine eine hohe Projektaktivität aufwiesen, nimmt diese altersbedingt ab. Gleichzeitig bleibt der Bedarf an historisch-politischer Bildungsarbeit und die Nachfrage nach kulturhistorischen Bildungsprojekten ungebrochen. Dieser Wandel in der Projektlandschaft soll auch künftig durch gezielte Fördermaßnahmen unterstützt werden.

Ausblick

Die hohen Zustimmungswerte für Parteien an den politischen Rändern, die zunehmende Polarisierung und Gewaltbereitschaft, die abnehmende Dialogbereitschaft und die sich

vertiefenden Gräben in der Gesellschaft sind Grund zu großer Besorgnis. Toleranz und Pluralismus erscheinen für manche nicht mehr als erstrebenswerte Ziele. Gerade im 35. Jahr der Wiedervereinigung und im 30. Jahr des Bestehens der Aufarbeitungsbehörde muss sich der Landesbeauftragte kritisch mit dem Maß des Erfolgs der eigenen Tätigkeit auseinandersetzen.

Während die Behörde im Hinblick auf die durchaus beachtlichen Zahlen der strafrechtlichen, verwaltungsrechtlichen und beruflichen Rehabilitierungen und der Leistung von Entschädigungszahlungen im Rahmen der gegebenen rechtlichen Möglichkeiten auf eine erfolgreiche Beratungstätigkeit zurückblicken kann und die im Januar 2025 beschlossene Reform der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze die Lage der Betroffenen deutlich verbessern wird, blieb die breite gesellschaftliche Wirkung der Aufarbeitung der SED-Diktatur insgesamt offenbar begrenzt. Zwar bieten die verschiedenen Akteure im Bereich der Aufarbeitung der SED-Diktatur, Universitäten, Schulen, Gedenkstätten und andere Bildungsträger eine Vielzahl von Bildungsformaten zur DDR-Geschichte an, dennoch scheint dies angesichts der verbreiteten verharmlosenden, nostalgischen und teilweise sogar idealisierenden Vorstellungen von der DDR keinen nachhaltigen Effekt gehabt zu haben. Deshalb ist es eine Aufgabe, die Aufarbeitung der SED-Diktatur thematisch breiter aufzustellen, neue Ansprachen, Methoden und Formate zu entwickeln und neue Medien zu nutzen, um breite Teile der Bevölkerung nachhaltig wirksam zu erreichen.

Für Projektförderungen standen den Landesbeauftragten Mittel in Höhe von ca. 100.000 Euro zur Verfügung.

3. Beraten

Die Beratung von Betroffenen von SED-Unrecht war auch im 35. Jahr nach der Friedlichen Revolution eine zentrale Aufgabe der Behörde des Landesbeauftragten.

Das SED-Unrecht hat bei den meisten Betroffenen tiefe Spuren hinterlassen.

Die Gesamtzahl der Beratungsanfragen nimmt zwar tendenziell ab, doch werden zugleich die Beratungsfälle komplexer und damit die Beschäftigung mit Einzelfällen zeitaufwändiger. Oft müssen hier psychologische, sozialpädagogische, juristische und historische Expertise zusammenwirken, um den Ratsuchenden eine bestmögliche Unterstützung zu bieten. Hinzu kommt: Eine große Anzahl der Betroffenen von SED-Unrecht kennt noch immer nicht die Möglichkeiten für eine Rehabilitierung und Entschädigung von erlittenem Unrecht. Deshalb ist es ein besonderes Anliegen der Behörde, die Betroffenen über ihre Rechte zu informieren und aufzuklären.

Das SED-Unrecht hat bei den meisten Betroffenen tiefe Spuren hinterlassen. Die individuellen Auswirkungen sind dabei allerdings sehr unterschiedlich. Bei manchen Betroffenen treten

beispielsweise die durch die Unrechtserfahrungen verursachten Traumata erst in einem großen zeitlichen Abstand deutlich hervor. Die Behörde des Landesbeauftragten versucht daher durch sozialpsychologische Angebote zu helfen, die Trauma-Erfahrungen besser zu verarbeiten und die Folgen zu lindern.

Ratsuchende können jederzeit persönlich, per Brief oder E-Mail und telefonisch zu den üblichen Geschäftszeiten bei der Behörde Auskünfte einholen. Wöchentlich findet jeden Dienstag von 14 bis 17 Uhr in den Räumen der Behörde eine Sprechstunde statt. In Halle (Saale) wird eine Sprechstunde in der Regel am zweiten Donnerstag im Monat in den Räumen des Zeitgeschichte(n) e.V. angeboten.

Beratungsoffensive

Die Behörde des Landesbeauftragten möchte möglichst viele Betroffene von SED-Unrecht erreichen. Im Flächenland Sachsen-Anhalt kann dies nur mit Hilfe von wohnortnahen Beratungsangeboten verwirklicht werden. Die eigenen personellen Ressourcen des Landesbeauftragten reichen dafür jedoch nicht aus. Zur Ergänzung fördert er daher mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Rahmen des Projekts „Beratungsoffensive“ den Caritasverband für das Bistum Magdeburg e. V. Dieser führt die Beratung von SED-Unrechts-

betroffenen koordiniert mit dem Landesbeauftragten, jedoch selbstständig durch. Diese erfolgreiche Zusammenarbeit besteht seit 2010.

Im Zusammenwirken mit der Caritas können weite Teile des Landes mit Beratungsangeboten versorgt werden. Die Auswahl der Orte und die Häufigkeit der angebotenen Sprechstage richtet sich dabei auch nach der jeweiligen Nachfrage. Beides wird jährlich angepasst.

Durch den Landesbeauftragten und der Caritas fanden 2024 Beratungen an folgenden Orten statt:



- Landesbeauftragter
- Caritas für das Bistum Magdeburg

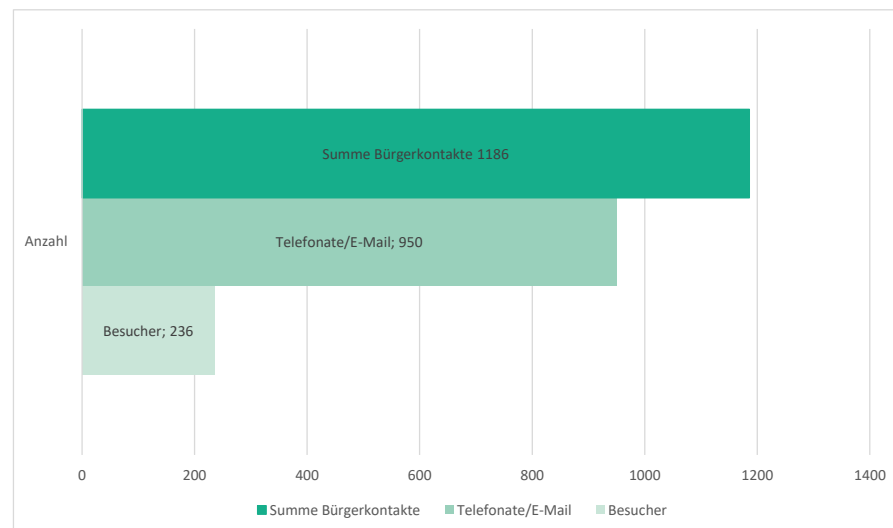
Zur Unterstützung des Niedersächsischen Netzwerks für SED- und Stasi-Opfer führt der Landesbeauftragte regelmäßig auch zwei Beratungstage in Niedersachsen durch. Diese fanden 2024 im Mai in Bad Fallingbommel und im September in Helmstedt statt.

Ein länderübergreifender Beratungstag für Frauen, die in der DDR zwangsweise in venerologische Stationen eingewiesen worden sind, fand am 9. Oktober in Leipzig statt. Betroffene Frauen konnten sich rechtlich über Rehabilitierungsmöglichkeiten beraten lassen, sich bei Psychologen über die Behandlung von psychischen Folgeerkrankungen informieren und sich mit anderen Betroffenen austauschen. Darüber hinaus wurde allgemein über das Unrecht der Zwangseinweisungen in venerologische Stationen informiert. Der Beratungstag fand in Kooperation mit der Sächsischen Landesbeauftrag-

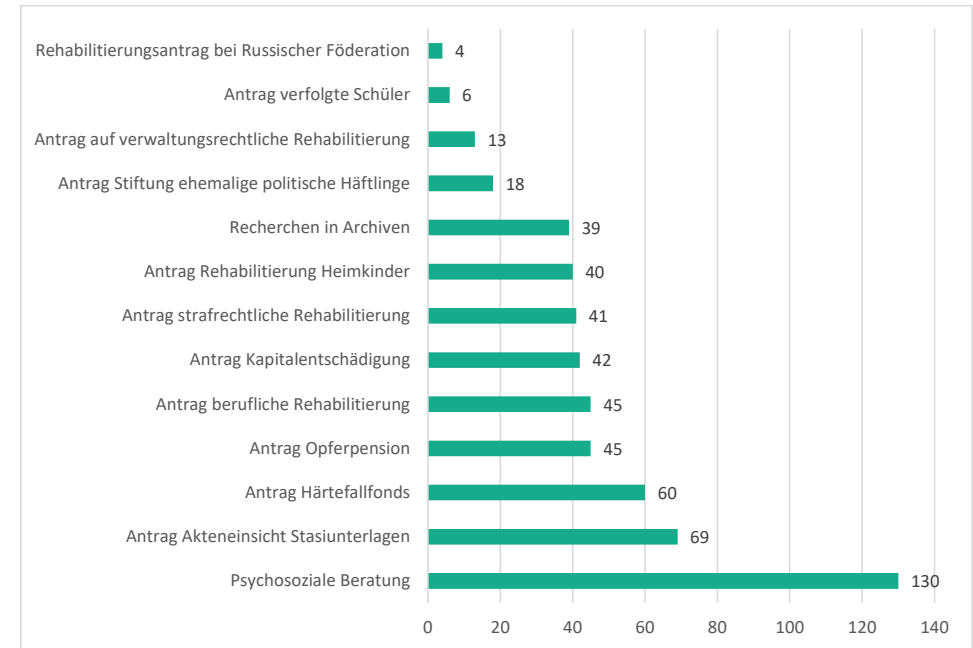
ten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, dem Verein Riebeckstr. 33 e. V. und der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau statt. Aufgrund der guten Nachfrage wird die Kooperation im April in Halle wiederholt und durch ein therapeutisch geleitetes Erzählcafé ergänzt.

Insgesamt ist bei der Anzahl der Beratungsvorgänge ein leichter Rückgang zu beobachten. Aufgrund verfeinerter statistischer Erfassungsmethoden ist ein direkter Vergleich mit dem Vorjahr allerdings nicht möglich. Andererseits erweisen sich viele Beratungsfälle als sehr komplex, so dass der Zeitaufwand pro Beratungsfall vielfach deutlich höher als in den Vorjahren ist. Dabei sind oftmals mehrere Beratungsgespräche und Kontakte per Telefon und E-Mail erforderlich, um dem Anliegen des Betroffenen gerecht zu werden.

Beratungsvorgänge 2024 (LzA und Caritas)



Beratungsanliegen 2024 (LzA und Caritas)



Beratungspraxis

Die qualifizierte Beratung verfolgt im Grundsatz das Ziel, den Ratsuchenden Wege aufzuzeigen, ihre Anliegen eigenständig zu lösen. Allerdings benötigt eine Reihe Betroffener eine längere Begleitung, um einen Antrag auf Rehabilitierung und die damit verbundenen Folgeanträge zu stellen. Die Antragstellung und das Zusammentragen der dafür erforderlichen Nachweise konfrontiert die Betroffenen erneut mit dem erlittenen Unrecht, was im schlimmsten Fall zu einer Retraumatisierung führen kann. Deshalb ist je nach Disposition und Bedürfnis des Betroffenen eine fachlich qualifizierte, sensible und mitunter auch zeitaufwändige Begleitung erforderlich. Darüber hinaus kommen vermehrt auch Menschen in die Sprechstunden, die nach bereits

abgeschlossenen Rehabilitierungs- und Entschädigungsverfahren einer längerfristigen psychosozialen Begleitung und Stabilisierung bedürfen.

Aus der Übersicht ist ersichtlich, dass die psychosozialen Beratungsanliegen ein wesentliches Element der Beratung darstellen. In der Beratung zur Antragstellung ist fast jedes Gespräch durch psychosoziale Komponenten geprägt. Dabei wird die ratsuchende Person ganzheitlich in ihrer Lebenssituation betrachtet. Nach wie vor sehr hoch ist auch das Interesse an Einsicht in die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit. Bei der Einordnung ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Gruppe der potenziell Betroffenen einer Stasi-Überwachung auch sehr groß war, da theoretisch fast jeder DDR-Bürger

Fast jedes Beratungsgespräch hat eine psychosoziale Komponente.

hierfür in Betracht kam. Die hohe Zahl der Beratungen zum Härtefallfonds des Landes Sachsen-Anhalt weist auf die große Bedürftigkeit der Betroffenen von SED-Unrecht hin. Obwohl die Rehabilitierung von ehemaligen Heimkindern seit der Reform der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze im Jahr 2019 durch die Einführung der Vermutungsregelung deutlich vereinfacht wurde, bleibt die Zahl der Beratungsfälle vergleichsweise gering. Dies ist vor allem auch darauf zurückzuführen, dass viele der Betroffenen die verbesserten Möglichkeiten gar nicht kennen. Der Landesbeauftragte hat versucht, die Thematik der Kinderheime auf verschiedene Weise in die Öffentlichkeit zu tragen, u. a. mit dem Fachtag „Vom Kinderheim zum Altenheim“, und sucht gemeinsam mit dem Ministerium für Soziales nach Wegen, die Betroffenen direkt anzusprechen. Die Zahl der Rehabilitierungsanträge bei der Hauptmilitärstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation – dies betrifft Menschen,

Berufliche Einschränkung als Pädagoge

Herr T. war in der DDR Lehrer für Geografie und Geschichte. Er war nach eigener Aussage kein Parteimitglied und hatte gegenüber der DDR eine recht kritische Einstellung. Kritische Äußerungen von Schülern ließ er nicht nur zu, sondern förderte sie auch. Dies hatte für ihn Konsequenzen: Nach mehreren Aussprachen, zunächst mit der Schulleitung, dann beim Rat des Kreises, durfte er seine Fächer nicht mehr unterrichten. Später versetzte man ihn an eine andere Schule. Auch dort durfte er nicht mehr Geschichte und Geografie, sondern musste Werken, Musik und Sport unterrichten. Eine berufliche Rehabilitierung erfolgte jedoch nicht, da er keine Gehaltseinbußen erlitt und er lediglich andere Aufgaben erhielt.

Unterbringung im Kinderheim und Jugendwerkhof

Rebellisch und unangepasst – so beschreibt sich Frau L. selbst als Jugendliche. Sie habe immer ihre Meinung gesagt. Wegen Schwierigkeiten mit ihren Lehrern brachte sie das Jugendamt in einem Kinderheim unter. Von dort floh sie mehrfach. Ihre Eltern unterstützten sie nicht. Schließlich kam sie nach erneuten Konflikten in ihrem Ausbildungsbetrieb in einen Jugendwerkhof. Seit dieser Zeit leidet Frau L. an Schlafstörungen, Alpträumen und klaustrophobischen Ängsten. Sie fühlt sich schnell erschöpft und antriebslos und leidet an Minderwertigkeitsgefühlen. Sie meidet enge Räume und Fahrstühle. Ihre Gedanken kreisen häufig um ihre Zeit in den Kinderheimen und im Jugendwerkhof und sie kann diese Gedanken nicht steuern. In den Beratungsgesprächen fällt ihr das Sprechen über ihre Erfahrung sehr schwer – ein deutliches Zeichen ihrer Belastung. Frau L. ist bereits strafrechtlich rehabilitiert, ihr wurde eine Kapitalentschädigung ausgezahlt und sie erhält eine Opferpension. Im Ergebnis der Beratung stellte sie noch einen Antrag auf Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden. Er befindet sich noch in Bearbeitung.

Wiederholte Festnahmen im Grenzgebiet

Herr L. lebte mit seiner Familie im Sperrgebiet an der innerdeutschen Grenze. Zur Arbeit pendelte er in die Kreisstadt. Privatbesuch konnte er zu Hause kaum empfangen, da dieser Passierscheine benötigte. Mit Freunden traf er sich deshalb meist in der Stadt und fuhr dann mitunter alkoholisiert mit dem Fahrrad zurück. Obwohl die Grenzsoldaten an den Kontrollpunkten ihn kannten, wurde er stets intensiv kontrolliert. Hatte er die nötigen Papiere vergessen, nahmen ihn die Kontrolleure zur Identitätsfeststellung in Gewahrsam. An einem Abend eskalierte die Situation und Herr L. ließ sich zu Beschimpfungen auf den ihm seit Jahren persönlich bekannten Grenzer hinreißen. Dieser beschuldigte L. nun der versuchten „Republikflucht“ und nahm ihn fest. Erst nachdem sich sein Chef, ein SED-Mitglied, für ihn eingesetzt hatte, wurde er nach drei Tagen Haft entlassen. Die Schikanen am Kontrollpunkt endeten erst mit der Grenzöffnung. Im Ergebnis der Beratung stellte Herr L. einen Antrag auf strafrechtliche Rehabilitierung und Entschädigungen.



Der Psychologe Christian Teuber ist Ansprechpartner bei Beratungsanliegen.

die von Sowjetischen Militärtribunalen in den 1940er und 1950er Jahren verurteilt worden waren – stagniert auf einem sehr geringen Niveau. Wesentlicher Grund dafür ist, dass die meisten Betroffenen nicht mehr am Leben sind und dass eine Rehabilitation keine Rechtsfolgen hat. Die meisten Anträge werden daher von Angehörigen oder im Forschungskontext gestellt. Trotz der internationalen Spannungen seit dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 werden die Anträge jedoch weiterhin in Moskau bearbeitet.

Ausblick

In Zusammenarbeit mit der Caritas werden weiterhin regionale Sprechstage angeboten.

Auch im Jahr 2025 wird die bewährte Zusammenarbeit mit der Caritas weitergeführt und es werden Sprechstage in regionalen Zentren angeboten. Darüber hinaus werden neue Beratungsformate ausprobiert, um mehr Betroffene von SED-Unrecht über die Rehabilitierungs- und Entschädigungsmöglichkeiten zu informieren. So sollen vermehrt Beratungen im Verbund mit Veranstaltungen und Ausstellungen angeboten werden. Für den Frühsommer ist Öffentlichkeitsarbeit auf dem Brocken geplant. Im Zusammenhang mit einer Ausstellung sollen Besucher erreicht werden, die wegen der geschichtsträchtigen Umgebung ohnehin offen für diese Thematik sind. Auch sollen wieder Telefonsprechstunden in Kooperation mit der Presse angeboten werden.

Als Folge der vom Deutschen Bundestag verabschiedeten weitreichenden Reform der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze wird mit einem deutlich erhöhten Informations- und Beratungsbedarf bei den Betroffenen des SED-Unrechts gerechnet. Zudem steht für eine große Zahl von Betroffe-

nen die Kontenklärung bei der Deutschen Rentenversicherung (DRV) noch aus. Auch in diesem Zusammenhang ist eine erhöhte Zahl an Beratungsanfragen zu erwarten.

Psychosoziale Beratung

Die psychosoziale Beratung findet im Rahmen des „Kompetenznetzwerks für psychosoziale Beratung“ statt. Dabei handelt es sich um ein von Prof. Dr. Jörg Frommer ins Leben gerufenes Kooperationsprojekt zwischen dem Landesbeauftragten und der Universitätsklinik für psychosomatische Medizin und Psychotherapie der OVGU Magdeburg, das seit 2010 besteht. Aus dem ursprünglichen Ansatz, eine niederschwellige Beratung für Menschen mit SED-Unrechtserfahrung anzubieten, hat sich eine psychologisch-wissenschaftliche Kompetenzstelle entwickelt, die Wissenschaft und Praxis miteinander verbindet. Dies ermöglicht es, auf die Bedürfnisse unterschiedlicher Betroffengruppen professionell zu reagieren und ihr Erleben und Verhalten im Hinblick auf ihre spezifische Unrechtserfahrung in der SED-Diktatur zu beobachten, zu verstehen und zu beschreiben.

Grundlage der psychosozialen Beratung ist ein verständigungsorientierter Dialog. Er steht für Akzeptanz, Wertschätzung und Anerkennung im vorurteilsfreien demokratischen Raum. Ziel ist ein größtmögliches Maß an Selbstbestimmung im Umgang mit dem erlebten Unrecht und seinen Folgen. Politisches Unrecht und staatliche Repression haben nicht nur Auswirkungen auf die menschliche Psyche, sie wirken nachhaltig auf das Erleben und Handeln in der Gesellschaft. Ziel der psychosozialen Beratung ist es, die Betroffenen im



Leipzig, 9. Oktober 2024: Länderübergreifender Beratungstag für ehemals zwangsweise in geschlossene venerologische Stationen eingewiesene Frauen.

Sinne eines „normativen Empowerments“ zu einer Selbstbestimmung in der Gegenwart zu ermächtigen.

Bei der psychosozialen Fallarbeit wird mit einem erzähltheoretischen, komplexreduzierenden Ansatz in Orientierung an die Methoden der narrative medicine gearbeitet. Dies ermöglicht eine systematische Bearbeitung auch komplexer Fälle, ohne dabei die sinnstiftenden Erzählungen der Menschen zu entwürdigen. Wichtige Informationen und Anliegen der Betroffenen lassen sich so optimal verstehen, dokumentieren und bearbeiten. Die psychosoziale Fallarbeit ist daher grundsätzlich auch interdisziplinär in einem Team von Psychologen, Juristen und Historikern angelegt.

Psychosoziale Fallarbeit im Kontext von politischem Unrecht ist komplex, interdisziplinär, dynamisch und mit einem fortschreitenden Erkenntnis-

gewinn an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Praxis und Öffentlichkeit verbunden.

Wandel der Beratungsarbeit

Zunehmend suchen auch jüngere Menschen die Beratungen auf, die indirekt, in zweiter Generation, von Traumatisierungen betroffen sind. Das Kompetenznetzwerk stellt sich auf die Spezifika transgenerationaler Weitergabe von Traumatisierung ein. In den Beratungen stehen vor allem psychotraumatologische Wirkzusammenhänge im Vordergrund.

Auch die mediale Auseinandersetzung mit spezifischen Unrechtsbereichen führt zu einer stärkeren Sichtbarkeit des Unrechts und damit regelmäßig zu einem erhöhten Aufkommen des Beratungsbedarfes. Exemplarisch sei der MDR-Podcast zu den venerologischen Stationen in der DDR angeführt.

Traumata werden oft auch an die Nachkommen weitergegeben.



Weitere Bereiche mit starker medialer Präsenz sind z. B. die Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs in DDR-Kinderheimen oder im DDR-Leistungssport sowie das Thema Zwangsadoption. Die psychosoziale Beratung fördert in diesem Zusammenhang sowohl den interpersonellen wie auch den gesellschaftlichen Dialog.

Traumata und der Psychodynamik in Gruppen professionell begleitet werden, um das Risiko von (Re-)traumatisierungen zu minimieren. Psychosoziale Beratung ist nicht ausschließlich Einzelfallberatung. Es haben sich deshalb auch verschiedene Betroffenengruppen gebildet, die sich entweder online oder in Präsenz treffen.

Gruppe von Betroffenen der kontaminierten Anti-D-Prophylaxe

Seit Anfang 2018 besteht eine psychosoziale Gesprächsgruppe für betroffene Frauen der kontaminierten Anti-D-Prophylaxe. Sie dient dem Austausch der Betroffenen untereinander. Die Frauen teilen ihre persönlichen Erlebnisse, entwickeln gemeinsam im Gespräch wirksame Strategien, um mit diesen Erlebnissen umzugehen,

und sie erfahren in der Gruppe Anerkennung. Die Gruppensitzungen sind therapeutisch angeleitet und wirken insgesamt stabilisierend und stärkend auf die Betroffenen. In akuten Belastungssituationen und auf Wunsch der Betroffenen besteht auch die Möglichkeit zu Einzelgesprächen. Die Treffen finden in der Regel online statt. Dieses seit der Corona-Pandemie etablierte Verfahren ermöglicht es, Frauen auch aus größerer Entfernung kostengünstig und zeitsparend zusammenzuführen.

Zeitzeugenclub

In den Jahren 2023 und 2024 entstanden zwei neue Gruppenangebote, die auf die Veränderungen der Beratungslandschaft und der Zielgruppen reagieren. Beide Angebote verfolgen das Ziel, Ermächtigungserfahrungen durch ein verständigungsorientiertes Engagement im Dialog mit anderen zu machen. Mit dem Zeitzeugenclub besteht nun ein niedrigschwelliges Austauschformat für Betroffene und ihre Familien, um miteinander ins Gespräch zu kommen und gemeinsam Wege zu finden, über erfahrenes Unrecht zu sprechen. Die psychosozial angeleitete Gruppe traf sich 2024 monatlich und soll im Jahr 2025 fortgeführt werden.

Zeitzeugenwerkstatt

Die Zeitzeugenwerkstatt nimmt auf die veränderte Sichtbarkeit, die stärker gewordene mediale Präsenz des SED-Unrechts, auf den gesellschaftlichen Wandel und auf den Umgang damit Bezug. Denn Betroffene agieren zunehmend öffentlich als Zeitzeugen. In der Psychotraumatologie sind Zeitzeugenschaft und Erzählen wirksame und heilende

Instrumente: Zeitzeugenschaft ermächtigt, erzeugt Selbstwirksamkeit, Handlungskontrolle und ist ein wertvoller Schritt zu Dialog und der Überwindung kollektiven Schweigens. Doch es besteht auch eine große Gefahr: Die Zeitzeugen, aber auch ihr Publikum können überwältigt und (re-)traumatisiert werden. Deshalb ist es wichtig, dass Zeitzeugen über ihre eigenen Grenzen und die Wirkung ihrer Geschichte auf andere reflektieren. Die Zeitzeugenwerkstatt dient dazu, die Zeitzeugenschaft professionell zu sichern. Sie bietet monatlich den Raum, konstruktive Narrative und kreative Lösungen für die Zeitzeugenschaft in einer Schreibwerkstatt zu bilden. Die Sichtbarkeit individueller Schicksale jenseits stereotyper Narrative lässt die Betroffenen Würde und Anerkennung erleben. Dies ist ein erster Schritt zum Dialog. Die Ermächtigung und Entwicklung vom Opfer zum Betroffenen und zum Zeitzeugen zeigt sowohl den historischen und gesellschaftspolitischen Blick auf erfahrenes Unrecht, als auch einen therapeutischen Weg. Für 2025 ist eine Internetpräsenz mit den Arbeiten der Zeitzeugenwerkstatt geplant.

Härtefallfonds des Landes Sachsen-Anhalt

Eine Verfolgung durch die SED-Diktatur hat für eine große Zahl Betroffener Auswirkungen auf das ganze Leben. Viele leben daher heute in wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen. Die Gründe dafür sind ganz unterschiedlich. Manche Betroffene haben aufgrund der politischen Repression eine gebrochene Berufsbiografie, andere leiden noch heute an den

Der Härtefallfonds hat 2024 22 SED-Unrechtsbetroffene unterstützt.

Psychosozial angeleitete Gruppenarbeit hilft SED-Unrechtsbetroffenen bei der Aufarbeitung und Überwindung ihrer traumatischen Erlebnisse.

Fallbeispiel 1

Herr X. wollte im Juli 1989 gemeinsam mit Freunden über Ungarn nach Österreich fliehen. Der Flug war schon gebucht, doch jemand verriet sie. Herr X wurde verhaftet und wegen ungesetzlichen Grenzübertritts in schwerem Fall zu einem Jahr und einem Monat Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Bereits 1991 wurde er für seine zweimonatige Untersuchungshaft rehabilitiert. Doch diese Zeit hinterließ bei dem damals jungen Mann tiefe Spuren. Er konnte niemandem mehr vertrauen, Angstgefühle verfestigten sich.

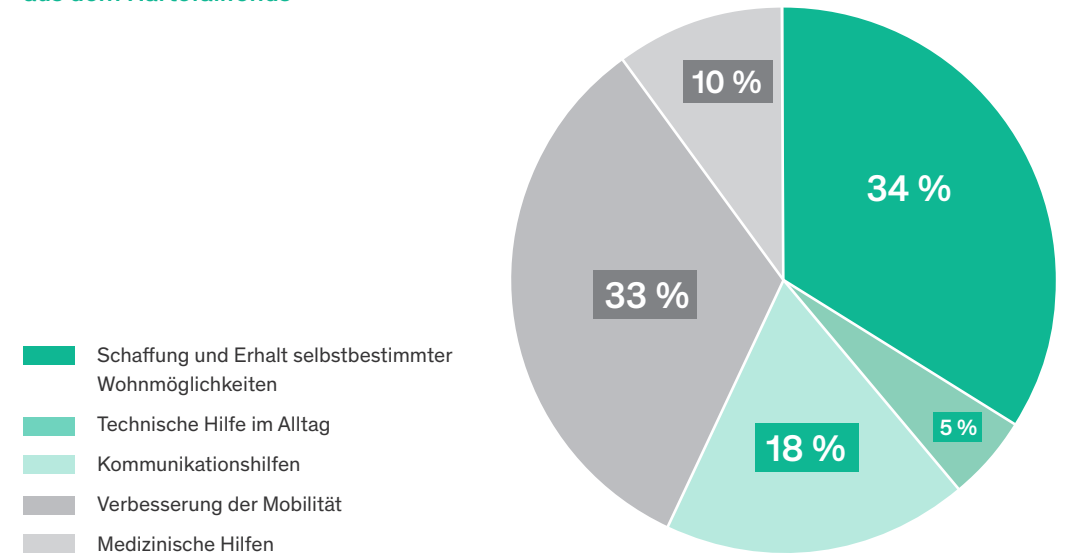
Er zog sich immer mehr zurück, hatte kaum soziale Kontakte. Nur die Gartenarbeit erfüllt ihn und es erfüllt ihn, wenn er mit dem Selbstangebauten zu seinem Lebensunterhalt beitragen kann. Wegen einer chronischen Lungenerkrankung kann er nicht regelmäßig arbeiten, deshalb lebt er von Bürgergeld. Um seine Mobilität zu verbessern, damit er seinen Garten auch weiterhin erreichen kann, und zum Erhalt seiner Selbständigkeit erhielt Herr X. einen Zuschuss zur Anschaffung eines Mopeds.

Fallbeispiel 2

Als sie 13 Jahre alt war, zog die Familie von Frau Y, damals ein schüchternes und zurückhaltendes Mädchen, in eine fremde Stadt. In der neuen Schule wurde sie massiv gemobbt. Mutter und Stiefvater waren ihr keine Stütze. Aus Angst vor der Schule schwänzte sie oft den Unterricht. Deshalb wies sie das Jugendamt in ein Spezialheim ein. Die dort herrschenden Bedingungen und die ständige Kontrolle traumatisierten sie nachhaltig. Gegen ihren Willen

musste sie eine Ausbildung in einer Schweinemastanlage beginnen, doch einen Abschluss machte sie nicht. Seit dem Tod ihres Mannes lebt sie sehr zurückgezogen. Sie hat jedoch ein äußerst enges und liebevolles Verhältnis zu ihren Kindern und Enkelkindern. Doch diese wohnen nicht in der Nähe. Um besser mit ihnen kommunizieren zu können, erhielt Frau Y aus dem Härtefallfonds Mittel zum Kauf eines Smartphones.

Unterstützungsleistungen aus dem Härtefallfonds



Folgen von Gesundheitsschädigungen, die ihnen im Zusammenhang mit der politischen Verfolgung zugefügt wurden.

Zur Milderung der wirtschaftlichen Lage hat der Landtag von Sachsen-Anhalt im Jahr 2022 erstmals einen Härtefallfonds aufgelegt. Dieser hatte 2022 und 2023 jeweils ein Volumen von 50.000 Euro. Für das Jahr 2024 wurde dieser Betrag auf 100.000 Euro verdoppelt. Auch 2024 gingen wieder deutlich mehr als doppelt so viele Anträge ein, als berücksichtigt werden konnten. Insgesamt stellten 58 Personen Anträge auf Unterstützungsleistungen, davon konnten 22 bewilligt werden, fünf wurden abgelehnt und 31 für das neue Haushaltsjahr zurückgestellt.

Der Härtefallfonds sieht Einmalzahlungen in Höhe von bis zu 5.000 Euro vor. Das Geld ist zweckgebunden und soll dazu dienen, akute Notlagen zu lindern, die Mobilität, das selbstbestimmte Wohnen, Integration oder die gesellschaftliche Teilhabe der Betroffenen zu fördern. Voraussetzung ist eine strafrechtliche, verwaltungsrechtliche oder berufliche Rehabilitation und der Wohnsitz im Land Sachsen-Anhalt.

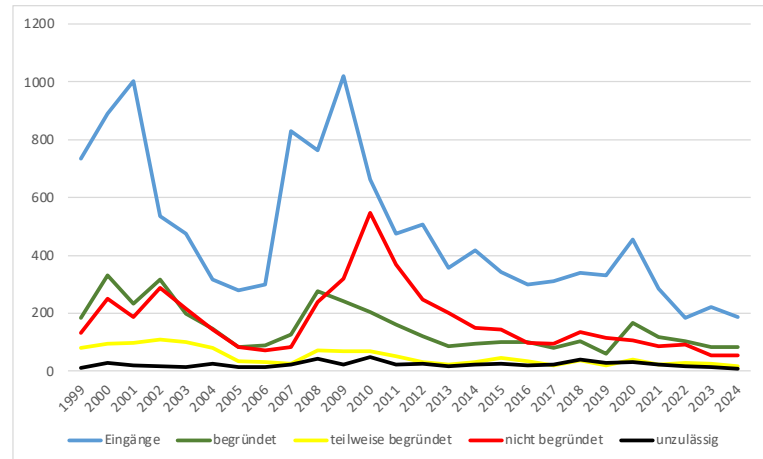
Statistiken: Rehabilitierungen, Entschädigung und Stasiakten-Einsichten in Sachsen-Anhalt



Zur besseren Übersichtlichkeit und zum leichteren Verständnis werden die statistischen Angaben grafisch dargestellt. Die zugrundeliegenden Rohdaten können über die Webseite des Landesbeauftragten eingesehen werden unter dem Link: <https://aufarbeitung.sachsen-anhalt.de/service/publikationen/taetigkeitsberichte/materialien-zum-taetigkeitsbericht-2024/-2025>

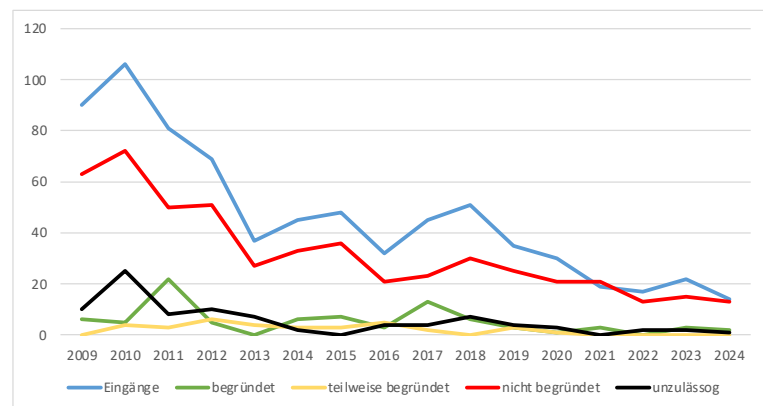
Strafrechtliche Rehabilitierungen in Sachsen-Anhalt

Strafrechtliche Rehabilitierungsverfahren in der ersten Instanz in Sachsen-Anhalt (1999-2024)



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, 2000-2025.

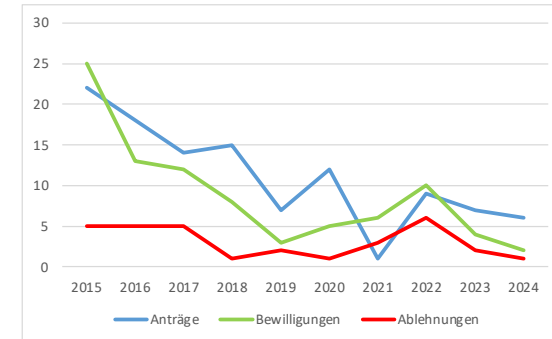
Strafrechtliche Rehabilitierungsverfahren in zweiter Instanz vor dem Oberlandesgericht Naumburg (2009-2024)



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, 2000-2025.

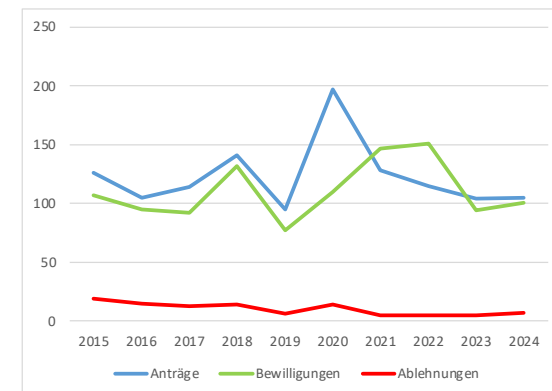
Entschädigungsleistungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz

Leistungen nach § 6 StrRehaG: Erstattung von Geldstrafen, Verfahrenskosten und Auslagen (2015-2024)



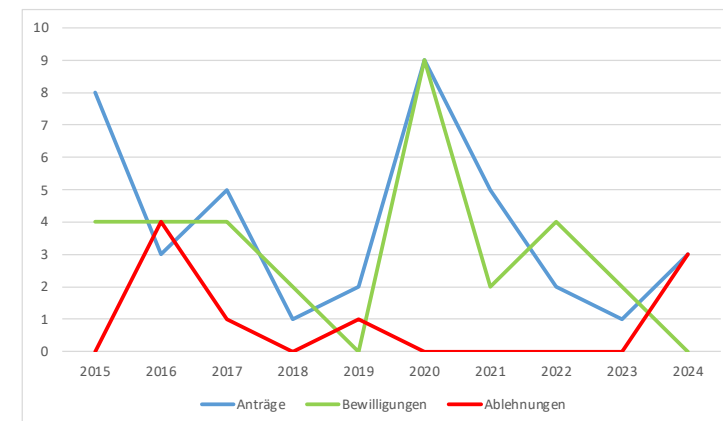
Quelle: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Leistungen nach § 17 Abs. 1 StrRehaG: Kapitalentschädigung (2015-2024)



Quelle: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

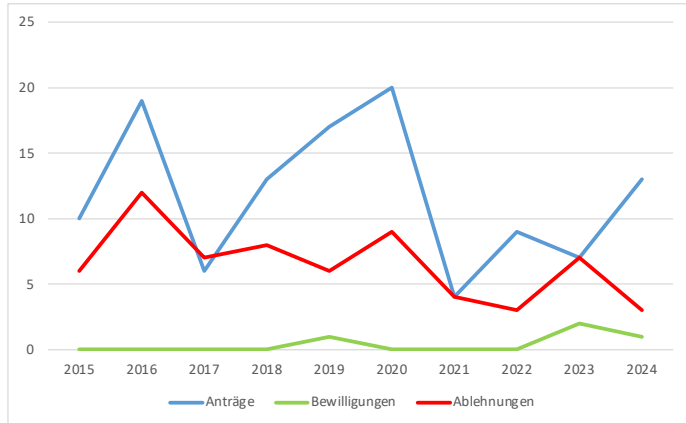
Leistungen nach § 17 Abs. 5 StrRehaG: Nachzahlungen für vor dem 31.12.1990 Entschädigte (2015-2024)



Quelle: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Entschädigungsleistungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz

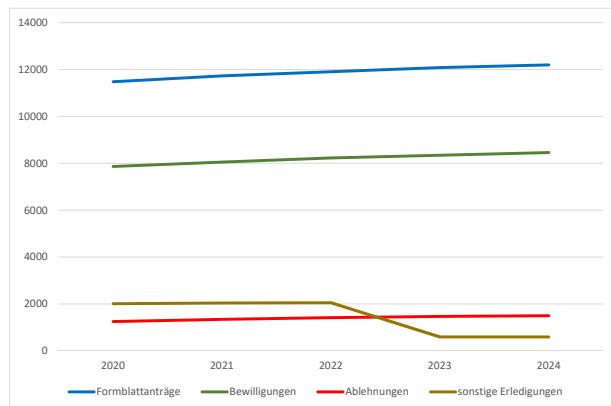
Leistungen nach § 21 StrRehaG: Leistungen für gesundheitliche Folgeschäden (2015-2024)



Quelle: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

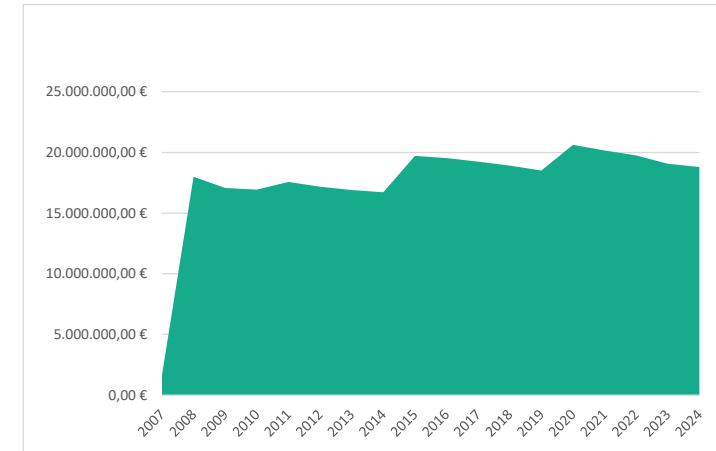
Opferpension

Gesamtzahl der Anträge auf Opferpensionen bei einer Haftdauer von mehr als 180 Tagen (2020-2024)



Quelle: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

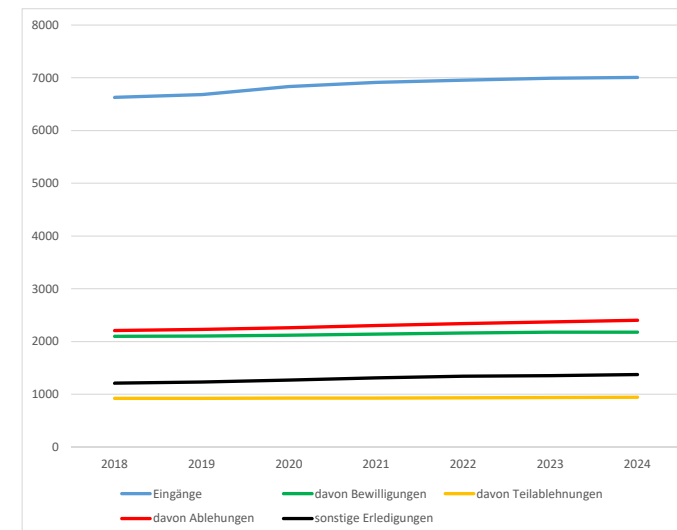
Gesamtausgaben für die Opferpension (2007-2024)



Quelle: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungen

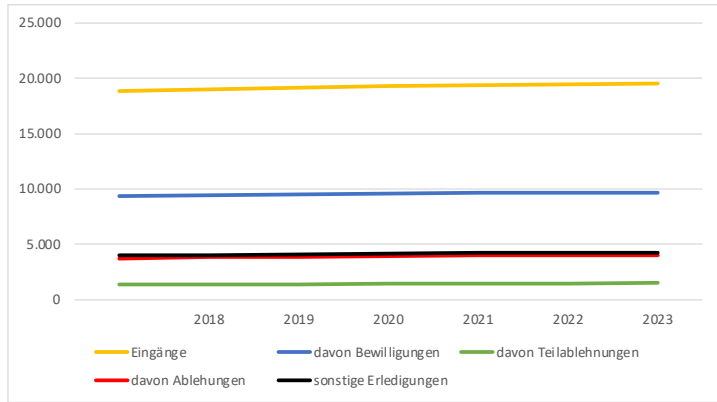
Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungen in Sachsen-Anhalt (2018-2024)



Quelle: Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt

Berufliche Rehabilitierungen

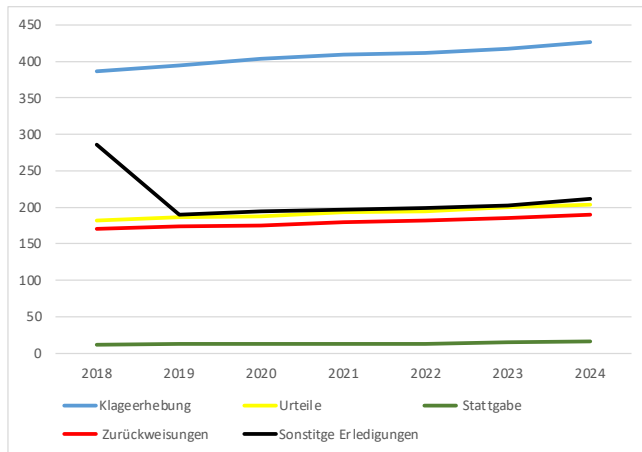
Entwicklung der beruflichen Rehabilitierungen in Sachsen-Anhalt (2018-2024)



Quelle: Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt

Klagen vor dem Verwaltungsgericht gegen Rehabilitierungsbescheide

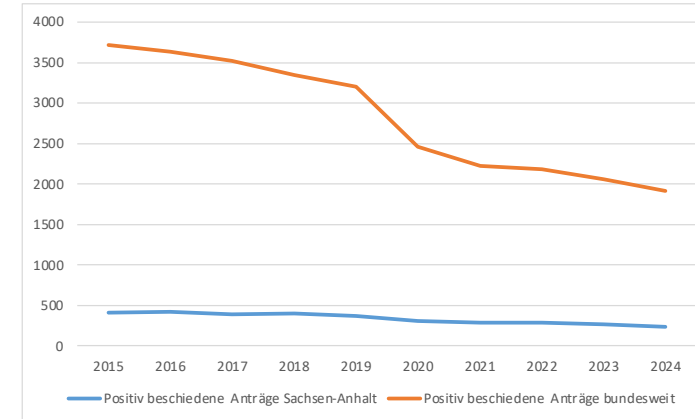
Klagen vor dem Verwaltungsgericht gegen Bescheide zur verwaltungsrechtlichen und beruflichen Rehabilitation (2018-2024)



Quelle: Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt

Leistungen durch die Stiftung politische Häftlinge

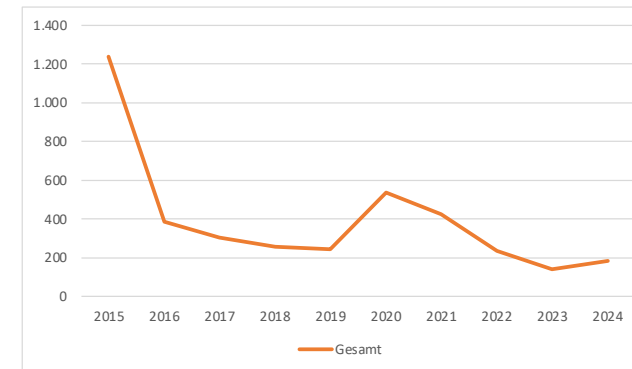
Entwicklung der Zahl der positiv beschiedenen Anträge auf Leistungen nach StrRehaG bei der Stiftung politische Häftlinge (2015-2024)



Quelle: Stiftung politische Häftlinge, Bonn

Akteneinsicht in Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und Überprüfungen

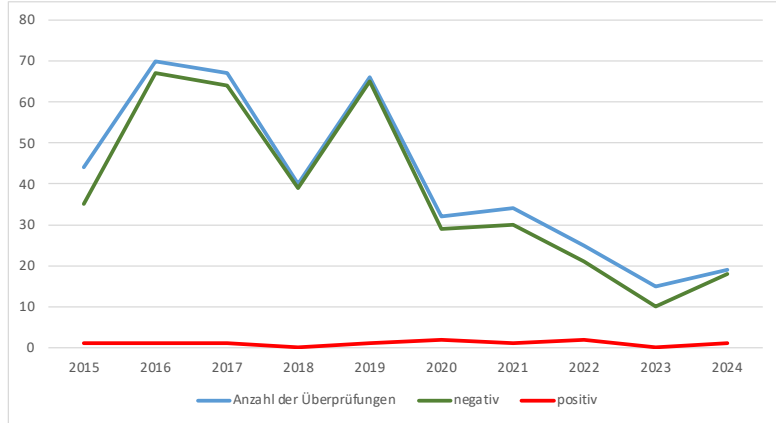
Entwicklung der Zahl der Überprüfungen insgesamt (2015-2024)



Quelle: Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv

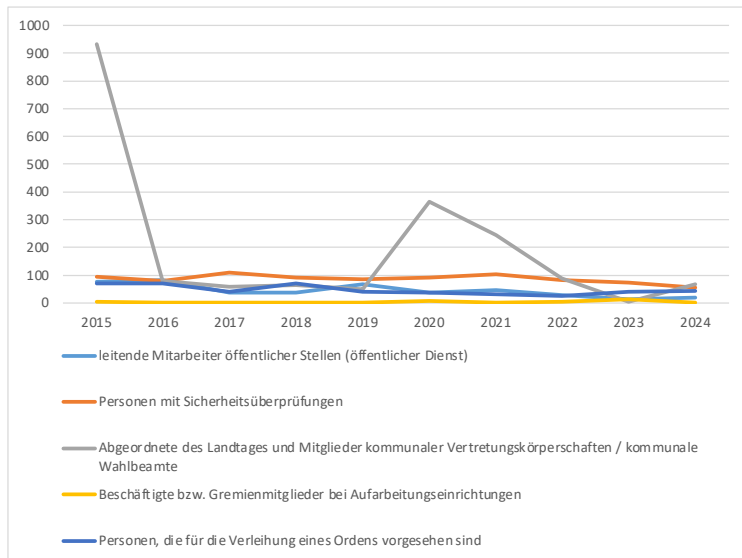
Akteneinsicht in Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und Überprüfungen

Überprüfungen von Mitarbeitern der Ministerien des Landes Sachsen-Anhalt (2015-2024)



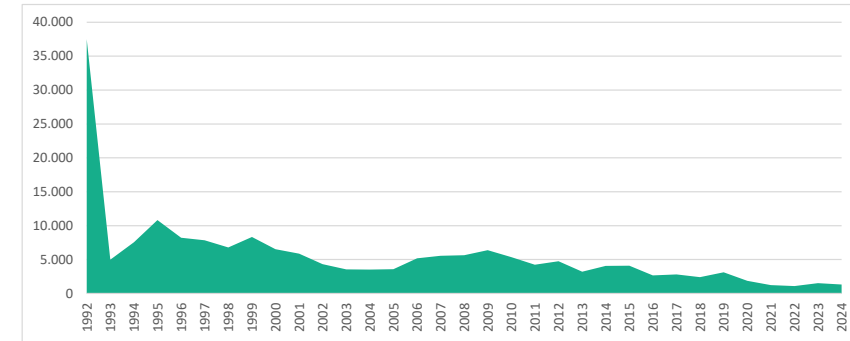
Quelle: Staatskanzlei und Ministerium für Kultur Sachsen-Anhalt

Überprüfung von im öffentlichen Dienst Tätigen (ausgewählte Gruppen) auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS (2015-2024)



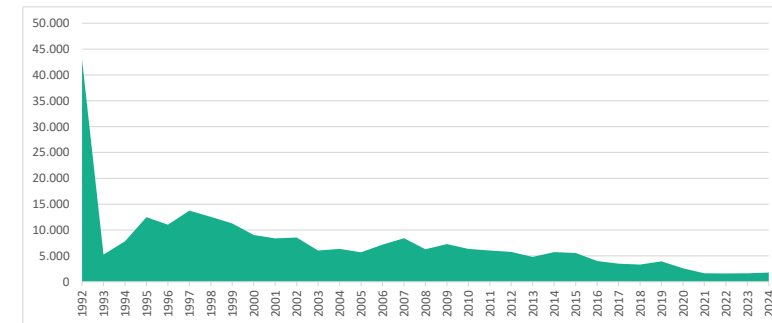
Quelle: Stasi-Unterlagen-Archiv, Berlin

Bürgeranträge auf Einsicht in die Stasi-Unterlagen beim Stasi-Unterlagen-Archiv Halle (1992-2024)



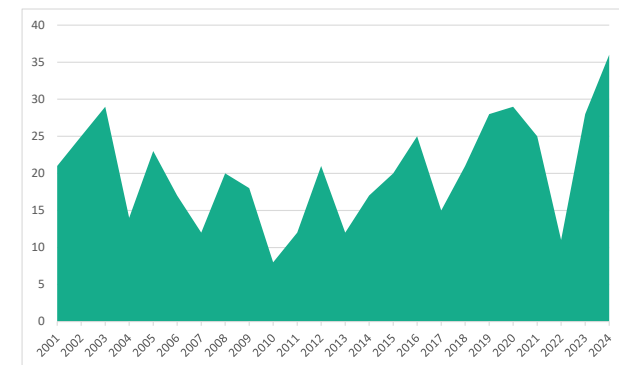
Quelle: Stasi-Unterlagen-Archiv, Halle

Bürgeranträge auf Einsicht in die Stasi-Unterlagen beim Stasi-Unterlagen-Archiv Magdeburg (1992-2024)



Quelle: Stasi-Unterlagen-Archiv, Magdeburg

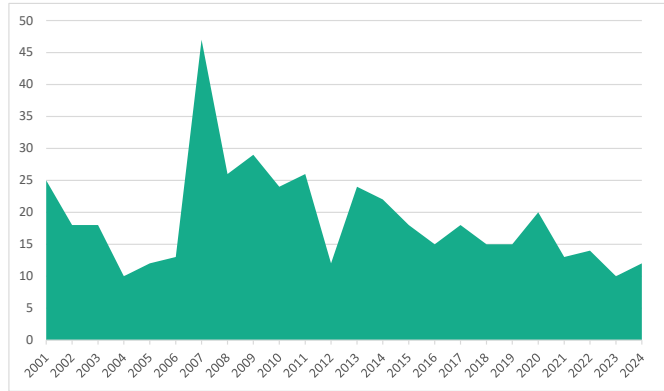
Forschungs- und Medienanträge beim Stasi-Unterlagen-Archiv Halle (2001-2024)



Quelle: Stasi-Unterlagen-Archiv, Halle

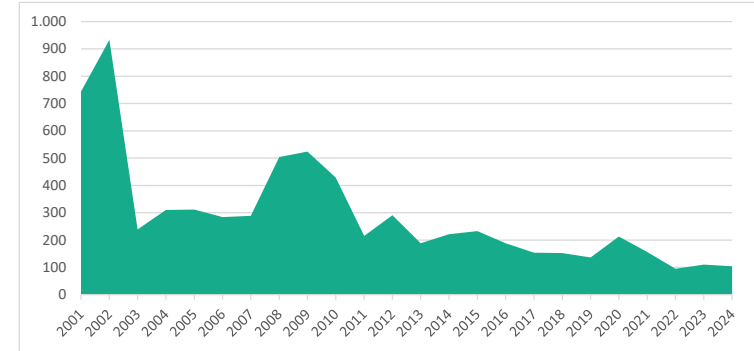
Akteneinsicht in Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und Überprüfungen

Forschungs- und Medienanträge beim Stasi-Unterlagen-Archiv Magdeburg (2001-2024)



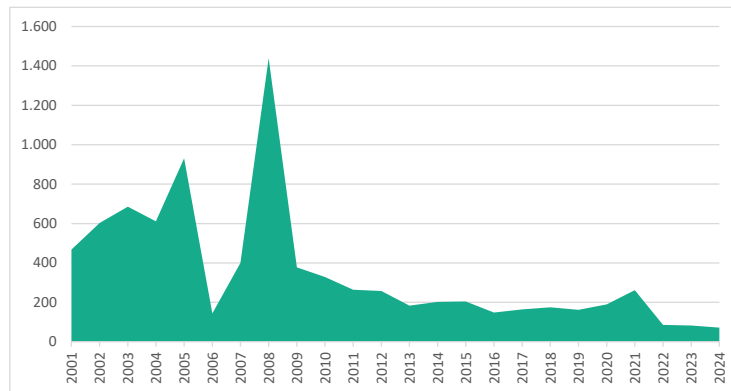
Quelle: Stasi-Unterlagen-Archiv, Magdeburg

Anträge öffentlicher Stellen auf Rehabilitierung, Wiedergutmachung und Ermittlungsverfahren beim Stasi-Unterlagen-Archiv Magdeburg (2001-2024)



Quelle: Stasi-Unterlagen-Archiv, Magdeburg

Anträge öffentlicher Stellen auf Rehabilitierung, Wiedergutmachung und Ermittlungsverfahren beim Stasi-Unterlagen-Archiv Halle (2001-2024)



Quelle: Stasi-Unterlagen-Archiv, Halle

4. Erforschen

35 Jahre nach der Friedlichen Revolution von 1989 sind noch längst nicht alle Aspekte der Geschichte der SED-Diktatur erforscht.

Dies betrifft beispielsweise viele regional- und lokalgeschichtliche Zusammenhänge. Die Beratungstätigkeit der Behörde bringt ebenfalls neue Problemstellungen zu Tage, die einer breiteren und grundlegenden Erforschung bedürfen. Jede Zeit und jede Generation haben zudem andere Fragen an die Vergangenheit. Dieser Wandel entsteht auch dadurch, dass die „Erlebnisgeneration“, also diejenigen, die die DDR noch erlebt haben, zunehmend kleiner wird. Dadurch verändert sich der Blick auf die Vergangenheit. Dinge, Begriffe, Zusammenhänge, die der „Erlebnisgeneration“ völlig geläufig waren, sind den Nachwachsenden häufig unverständlich, bedürfen der Erläuterung, werden hinterfragt und müssen aufgearbeitet werden. Forschung und Vergangenheitsdeutung sind deshalb immer zeitgebunden. Zudem werden auch weiterhin neue Quellen erschlossen: Vor der endgültigen Vernichtung bewahrte Aktenschnipsel aus den Säcken im Stasi-Unterlagen-Archiv werden wieder zusammengesetzt,

Akten werden erschlossen und verzeichnet oder Unterlagen aus Privatsammlungen und Nachlässen werden zugänglich. Für viele Akten mit personenbezogenen Unterlagen aus den 1940er und 1950er Jahren laufen allmählich die gesetzlichen Schutzfristen ab, so dass diese besser für Forschung und Aufarbeitung genutzt werden können.

Ein Rückschlag für die Forschung bedeuten hingegen die schon lange vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine einsetzenden Beschränkungen bei der Zugänglichkeit von sowjetischen Akten in den Archiven der Russischen Föderation. Heute ist es für westliche Forscher fast unmöglich, dort zu forschen oder es ist mit hohen persönlichen Risiken verbunden. Kritische Fragen zur sowjetischen Geschichte, etwa zur sowjetischen Besatzungspolitik in Deutschland, können als Versuch der „Rehabilitierung des Nazismus“ ausgelegt werden und hohe Haftstrafen nach sich ziehen. In diesem

Zusammenhang ist besonders die Kriminalisierung der Menschenrechtsorganisation Memorial und ihrer Mitarbeiter gravierend. Memorial hat seit den 1990er Jahren wesentlich zur Erforschung der Geschichte der sowjetischen Speziallager in Deutschland und der Tätigkeit der sowjetischen Militärtribunale in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR beigetragen. Vor dem Hintergrund der großen Abhängigkeit der SED-Diktatur von der Sowjetunion und der stets vorhandenen großen Einflussnahme der Sowjetunion auf die Politik der DDR in vielen Bereichen, kann die Beeinträchtigung der Erforschung der SED-Diktatur durch die gegenwärtige politische Situation in Russland gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Dessen ungeachtet zeigen das große Interesse und die kontroversen Debatten der letzten Jahre um die Bücher von Katja Hoyer (Diesseits der Mauer, 2023), Dirk Oschmann (Der Osten. Eine westdeutsche Erfindung, 2023), Steffen Mau (Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt, 2024) und Ilko-Sascha Kowalczuk (Freiheitschock. Eine andere Geschichte Ostdeutschlands von 1989 bis heute) die hohe gesellschaftliche Relevanz der Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen.

Der Behörde des Landesbeauftragten fehlt die Ausstattung für eine Forschungseinrichtung im eigentlichen Sinne, aber sie unterstützt Universitäten, Forschungsinstitute, Gedenkstätten, Aufarbeitungsinitiativen,

Die kontroversen Debatten um jüngste Veröffentlichungen zeigen die hohe Relevanz der Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen.



In der Gedenkstätte Buchenwald markieren stählerne Stelen die Massengräber der Toten des sowjetischen Speziallagers Nr. 2.



Verfolgtenverbände, Museen und andere im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei ihren entsprechenden Vorhaben. In begrenztem Maße, beispielsweise im Zusammenhang mit der Erstellung von Ausstellungen und Publikationen, führen die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesbeauftragten auch eigene Forschungsarbeiten durch. Gemäß § 32 Abs. 1 Nr. 7a Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) hat der Landesbeauftragte auch einen privilegierten Zugang zu personenbezogenen Daten aus Stasi-Unterlagen. Die Behörde ist auch Ansprechpartner für Heimat- und Familienhistoriker, berät sie und gibt Hinweise für weiterführende Untersuchungsansätze.

Mit der Zeitzeugenarbeit und der Sicherung der Erinnerung von Betroffenen von SED-Unrecht und anderen Zeitzeugen der SED-Diktatur in Wort, Bild und Schrift schafft die Behörde einen weiteren Quellenfundus, die sie der Forschung zur Verfügung stellt und für die eigene Bildungsarbeit nutzt.

Verbundprojekt „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht“

Mit Unterstützung der Behörde des Landesbeauftragten nahm 2021 das länderübergreifende Forschungsprojekt „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht“ an den Standorten Jena, Leipzig, Magdeburg und Rostock seine Arbeit auf. Dort werden die gesundheitlichen Langzeitfolgen bei den ehemals Verfolgten der SED-Diktatur und spezifische Schädigungs-

formen nach Zersetzungsmaßnahmen, Hepatitis-C-kontaminierter Anti-D-Prophylaxe und Zwangsdoping im DDR-Leistungssport beleuchtet. Es werden die somatischen und psychischen Erkrankungen durch politische Verfolgung auf einer klinischen und grundlagenwissenschaftlichen Ebene betrachtet. Außerdem werden Formen institutionalisierter Gewalt in der DDR untersucht und anhaltende Stigmatisierungsprozesse der Betroffenen in verschiedenen sozialen Kontexten erforscht. Das Verbundprojekt soll zu einer nachhaltigen Verbesserung der Versorgung der Betroffenen führen und enthält deshalb Teilprojekte zur Erforschung von professionellen Hilfesystemen allgemein und von Beratungs- und Begutachtungsprozessen im speziellen im Hinblick auf systematische Fehlerquellen. In einem Teilprojekt soll eine curriculare Weiterbildung für die mit der Fallarbeit mit ehemals Verfolgten befassten Personen entwickelt werden. Das Projekt wird durch den Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland gefördert. Nach dem Ende der ersten Förderphase 2024 wurde das Projekt um ein weiteres Jahr verlängert. Das Abschluss-symposium ist für den 11. Juni 2025 in Erfurt vorgesehen. Der Landesbeauftragte ist Mitglied des Beirats des Forschungsprojekts.

Am 6. Juni 2024 wurden die ersten Ergebnisse aus den Teilprojekten auf einer Tagung in Leipzig vorgestellt. Die erste Gesamtveröffentlichung erschien im Mai 2024: Bernhard Strauß, Jörg

Frommer, Georg Schomerus, Carsten Spitzer (Hg.): Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht. Gießen: Psychosozial-Verlag 2024, 203 Seiten. ISBN: 978-3-8379-6201-7. Das Buch ist im OpenAccess-Verfahren erschienen und als PDF-Dokument kostenlos im Internet downloadbar.³ Weitere Informationen zum Projekt und Hinweise auf weitere Veröffentlichungen zu den Einzelprojekten finden sich auf der Projekt-Webseite.⁴

Alltag in den Jugendhäusern Halle und Dessau: Gewalt und Disziplin, medizinische Versorgung und politische Einflussnahme

Das Forschungsprojekt widmet sich der gesundheitlichen und sozialen Situation sowie der medizinischen Versorgung der in den Jugendhäusern Halle (Saale) und Dessau inhaftierten Jugendlichen. Untersucht wird auch das pädagogische Konzept der Jugendhäuser – zeitweilig eine spezielle Form des Strafvollzugs für Jugendliche in der DDR –, die Rolle und der Umfang der Disziplinierungsmaßnahmen, der Gewalt und des Prinzips der Selbsterziehung, das häufig zu Misshandlungen und sexuellem Missbrauch unter den Gefangenen führte. Die Folgen waren Todesfälle, Suizide und gesundheitliche Langzeitfolgen für die Betroffenen. Das Projekt untersucht ebenfalls die politische Einflussnahme u. a. des Ministeriums für Staatssicherheit auf den Jugendstrafvollzug in den Jugendhäusern.

Quellengrundlage sind die Personalakten der ehemaligen jugendlichen Gefangenen, die Akten des medizinischen Dienstes der beiden Jugendhäuser, relevante Akten aus dem Landesarchiv Sachsen-Anhalt, dem

³ URL = <https://psychosozial-verlag.de/programm/1000/6201-detail>.
⁴ URL = <https://www.uniklinikum-jena.de/sedgesundheitsfolgen/>

Staatsarchiv Leipzig und dem Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv.

Das Projekt wird vom Direktor des Instituts für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin der Universität Ulm, Prof. Dr. Florian Steger, und Dr. Oxana Kosenko durchgeführt. Erste Ergebnisse aus dem Projekt wurden 2024 publiziert:

Oxana Kosenko/Florian Steger: Ad Adolescents' life between violence and discipline. Medical care in the "Jugendhäuser" juvenile detention centers in East Germany in the 1960s–1980s. In: *Frontiers in Public Health* 12 (2024), 12:1288025. doi: 10.3389/fpubh.2024.1288025. ⁵

Oxana Kosenko/Florian Steger: Medizinische Versorgung in den Jugendhäusern im Bezirk Halle: Ein Werkstattbericht. In: *Archive in Sachsen-Anhalt* 2024, S. 40-41.

Artikel in Vorbereitung:
Oxana Kosenko/Florian Steger: Self-harm as a form of resistance in the juvenile detention center Jugendhaus Halle in the 1980s.

Fluchtpunkt Botschaft Prag

Aus Anlass des 35. Jahrestages der Friedlichen Revolution hat der Landtag von Sachsen-Anhalt in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Tschechischen Republik in Prag das „Fest Svoboda“, das „Fest der Freiheit“, am 30. September 2024 ausgerichtet. An diesem Tag hatte im Jahr 1989 der gebürtige Hallenser und

damalige Bundesaußenminister Genscher den in die Botschaft geflüchteten DDR-Bürgern die Ausreiseerlaubnis in den Westen verkündet. Der Landesbeauftragte hat zu diesem Zweck die Lebensgeschichten von sechs Menschen aus Sachsen-Anhalt, die über die Prager Botschaft in den Westen geflohen sind, erforscht, insbesondere die Hintergründe ihrer Entscheidung zur Flucht und die Bedeutung der Flucht- und Ausreisebewegung aus der DDR im Jahr 1989 für den Verlauf der Friedlichen Revolution. Dazu wurden sechs lebensgeschichtliche Zeitzeugeninterviews aufgezeichnet. Die Ergebnisse wurden in der Ausstellung „Fluchtpunkt Botschaft Prag“ verarbeitet und vom 30. September bis 3. Oktober in der Deutschen Botschaft in Prag und vom 1. bis 30. November im Landtag von Sachsen-Anhalt in Magdeburg gezeigt.

Partnerschaften der Städte Dessau und Ludwigshafen sowie der Evangelischen Landeskirchen Anhalts und der Pfalz

In Zusammenarbeit mit der Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität Kaiserslautern-Landau, dem Verein für pfälzische Kirchengeschichte, dem Stadtarchiv Dessau-Roßlau und dem Archiv der Evangelischen Kirche Anhalts werden die Partnerschaften der Städte Dessau und Ludwigshafen und der Evangelischen Landeskirchen Anhalts sowie der Pfalz in den 1980er Jahren untersucht. Beide Partnerschaften entstanden unabhängig voneinander, aber waren doch miteinander verwoben. Während kirchliche Ost-West-Kontakte und Partnerschaften schon länger bestanden, waren innerdeutsche Städtepartnerschaften vermehrt erst nach dem Besuch von Erich Honecker in der Bundesrepublik im

⁵ URL = <https://www.frontiersin.org/journals/public-health/articles/10.3389/fpubh.2024.1288025/full>

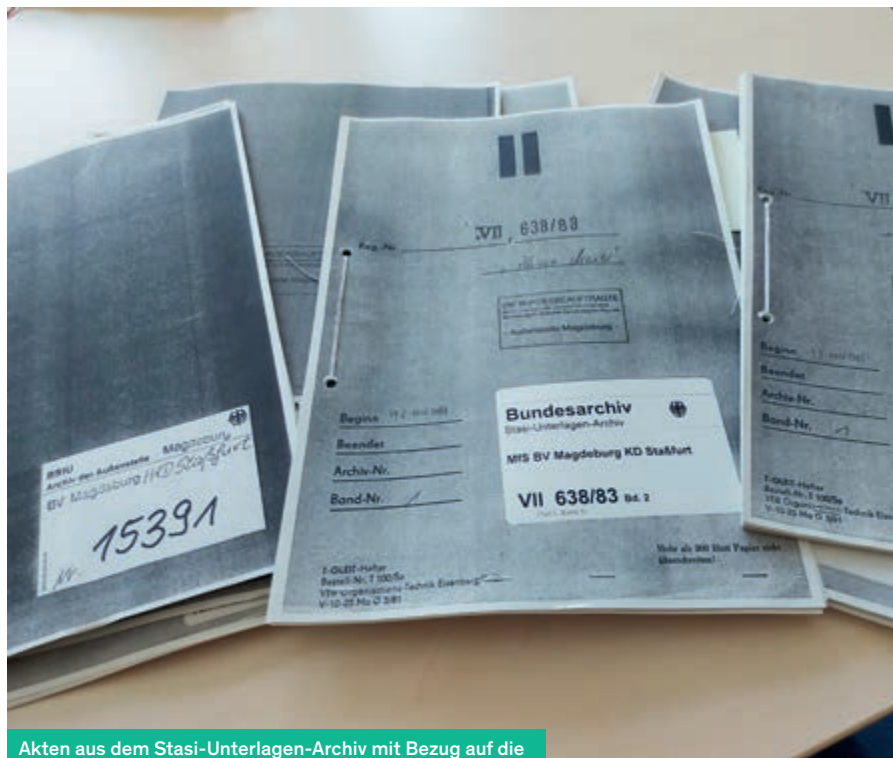


Jahr 1987 möglich. Die Partnerschaft zwischen Dessau und Ludwigshafen ging auf eine persönliche Initiative von Bundeskanzler Helmut Kohl zurück. Das Projekt untersucht die unterschiedlichen Interessenlagen der jeweiligen Akteure und die Rolle der Staatssicherheit bei diesen Partnerschaften. Von Seiten der Behörde des Landesbeauftragten wurden 2024 die einschlägigen Akten im Bundesarchiv Berlin, im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes und des Stasi-Unterlagen-Archivs eingesehen. Weitere Archivrecherchen stehen noch aus. Die Kooperationspartner sichten die Archivquellen in ihrem jeweiligen Bereich. Die ersten Forschungsergebnisse wurden während eines Workshops am 6. März 2025 in Ludwigs-

hafen präsentiert. Dabei wurden auch Schüler des dortigen Theodor-Heuß-Gymnasiums einbezogen. Für 2026 ist ein analoger Workshop in Dessau unter Einbeziehung Dessauer Schüler geplant.

Der Aufstand vom 17. Juni 1953 im ländlichen Raum Sachsen-Anhalts

Im Anschluss an die 2023 erstellte Ausstellung „MENSCHEN RECHT FREIHEIT PROTEST. Der Aufstand vom 17. Juni in Sachsen-Anhalt“ wird die Forschung auf die Proteste und Unruhen im ländlichen Raum erweitert. Entgegen der verbreiteten Vorstellung von einem „Arbeiteraufstand“ war die ländliche Bevölkerung ebenfalls ein wichtiger Träger der



Akten aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv mit Bezug auf die Schüler der „Schule der Freundschaft“ in Staßfurt.

Protestbewegung und an vielen Orten kam es zu Arbeitsniederlegungen und Protesten. Hintergrund war die seit 1952 forcierte Kollektivierung der Landwirtschaft und die Repressionen gegen die selbständigen Bauern. Ziel des Forschungsprojektes ist es, durch Auswertung von Archivadokumenten die Proteste im ländlichen Raum zu dokumentieren und zu kartieren.

Die Schule der Freundschaft in Staßfurt und der gewaltsame Tod von Carlos Conceição

Im September 1987 kam der Auszubildende und Schüler der „Schule der Freundschaft“ Carlos Conceição aus Mosambik in Staßfurt gewaltsam ums Leben. Zwar ermittelten die Behörden

schnell einen Täter, der anschließend auch zu einer Haftstrafe verurteilt wurde. Doch für viele der rund 900 Schülerinnen und Schüler der „Schule der Freundschaft“ blieb dieses Ereignis eine belastende Erinnerung. Einerseits steht der Vorwurf einer rassistischen Gewalttat und deren absichtliche Vertuschung durch die SED-Regierung im Raum, gleichzeitig war der inhärente Rassismusbefund ein wesentlicher Grund für eine Mehrheit der Staßfurter Stadtverordneten, den 2022 von ehemaligen Schülern vorgebrachten Vorschlag, eine Erinnerungstafel am Todesort anzubringen, abzulehnen: Man wolle nicht, dass Touristen die Stadt mit Rassismus in Verbindung bringen. Auf diese Weise verstetigt sich der nun

schon länger als 25 Jahre andauernde Deutungskonflikt um den Tod des Schülers. Das Forschungsprojekt versucht, das gesellschaftliche und politische Umfeld zur Zeit des Todes von Carlos Conceição nachzuzeichnen. Hierbei spielt auch der politische Hintergrund eine Rolle, denn die „Schule der Freundschaft“ war ein Prestigeobjekt der damaligen Bildungsministerin Margot Honecker und der Tod des Schülers belastete nicht nur das Verhältnis zu Mosambik, sondern auch das Selbstbild der DDR als ein „antifaschistischer Staat“. Ausgehend von diesem Todesfall sollen die Diskrepanz zwischen der staatlich verordneten Völkerfreundschaft und der Realität des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur unter den Bedingungen des sozialistischen Alltags und die daraus entstehenden Folgen für die heutige Erinnerungskultur ausgeleuchtet werden.

Die Kinderpathologie an der Medizinischen Akademie Magdeburg (MAM) – zum Umgang mit Fehl- und Frühgeburten und dem Säuglingstod 1959–1989/90

Wurden in der DDR Neugeborene offiziell für tot erklärt, obwohl sie gesund waren, und dann ohne Wissen ihrer Mütter und Eltern zur Adoption freigegeben? Eine nicht geringe Zahl von betroffenen Müttern hat eine entsprechende Vermutung, und der 2024 veröffentlichte Roman „Maifliegenzeit“ von Matthias Jügler gab dieser Problematik eine breitere öffentliche Aufmerksamkeit. Das von der Medizinhistorikerin Prof. Dr. Eva Brinkschulte (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg) geleitete und von der Behörde des Landesbeauftragten unterstützte Forschungspro-

jekt untersucht die Arbeit der Kinderpathologie der früheren Medizinischen Akademie in Magdeburg im Zeitraum 1959 bis 1989/90. In einer Datenbank werden Dokumente verschiedener Provenienz zur Arbeit der Kinderpathologie (Bundesarchiv, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Stadtarchiv Magdeburg) erfasst. Zudem werden Interviews mit betroffenen Müttern, Vätern und Geschwistern geführt. Die Zusammenführung der verschiedenen Daten ermöglicht die Klärung von Einzelschicksalen. Aus dem Projekt sind bereits mehrere Dissertationen hervorgegangen. Die Datenbank steht weiterhin für Forschungsvorhaben und für individuelle Anfragen zur Schicksalsklärung zur Verfügung.

Der 17. Juni 1953 und die Landwirtschaftliche Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Dieses Forschungsprojekt erforscht in Kooperation mit dem Zeit-Geschichte(n) e.V. Halle die Ereignisse um den 17. Juni 1953 an der Landwirtschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Im Zentrum stehen Recherchen zu einzelnen Akteuren des Aufstandes, insbesondere zu dem Zeitzeugen Herbert Prieur und zu den gegen ihn vorgenommenen Repressionen. Die Forschungen führt der Historiker Dr. Christian Sachse durch. Die Ergebnisse trug er als Festredner auf der zentralen Gedenkveranstaltung der Stadt am 17. Juni 2023 im Stadthaus in Halle vor. Die Veröffentlichung der Forschungsergebnisse in einer Publikation des Zeit-Geschichte(n) e.V. Halle ist für den Juni 2025 geplant.

Die SED-Diktatur wies Mädchen und junge Frauen oft auch ohne medizinische Indikation in geschlossene venerologische Stationen ein, um sie zu disziplinieren.

Der Einfluss des Ministeriums für Staatssicherheit auf den Lebensweg von Hermann Beleites

Das Forschungsprojekt arbeitet heraus, wie das Ministerium für Staatssicherheit den Physiker Hermann Beleites beobachtet, bearbeitet und beeinflusst hat. Hermann Beleites hat sich als Student öffentlich der Verpflichtung zum Wehrdienst widersetzt und wurde „zur Bewährung in die Produktion“ geschickt. Christiane Berg (†) und Prof. em. Dr. Gunnar Berg erforschen den beruflichen und wissenschaftlichen Lebensweg von Hermann Beleites, der durch disziplinierende politisierende Einflussnahme und durch Maßnahmen des MfS bestimmt und teilweise behindert wurde, im Rahmen einer Fallstudie.

Willkür Sowjetischer Militärtribunale und des MfS im Fall von Ernst Thiele

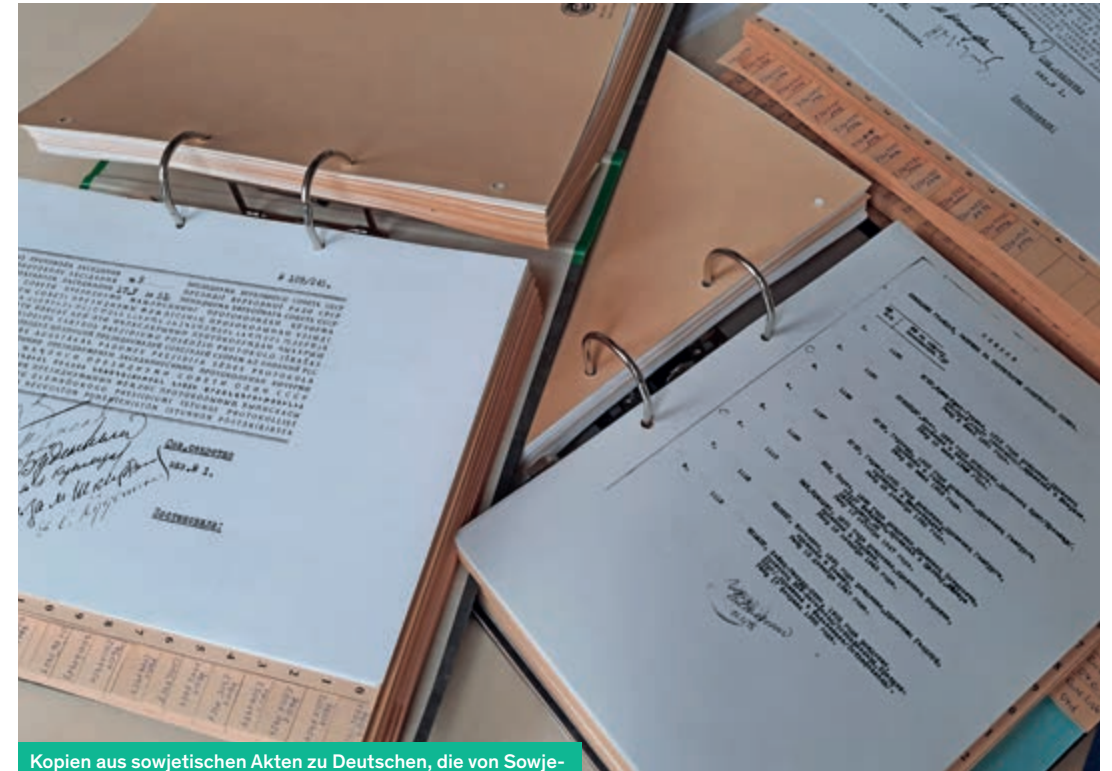
Das Forschungsprojekt untersucht Einzelheiten des Schicksals von Ernst Thiele. Thiele, von den Nazis nach

Auschwitz deportiert, wurde nach dem Krieg willkürlich durch ein Sowjetisches Militärtribunal verurteilt. Durch den Einsatz des MfS blieb ihm eine Revision des SMT-Urteils in der DDR verwehrt. Die Forschungsergebnisse wurden am 11. März 2025 bei der Verlegung eines Stolpersteines für Ernst Thiele durch den Zeit-Geschichte(n) e. V. Halle präsentiert.

Geschlossene Venerologische Stationen

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs kam es in der Sowjetischen Besatzungszone zu einer Reihe von Neuregelungen im Umgang mit krankheitsverdächtigen und geschlechtskranken Personen, die bis weit in die DDR wirkten. Die Selbstbestimmung betroffener Personen wurde eingeschränkt, die Rechte der Gesundheitsbehörden erweitert und mit dem Fürsorgeheim für Geschlechtskranke wurde ein vollkommen neuer Typ einer totalen Institution eingeführt. Angelehnt an das sowjetische Modell der Prophylaktorien sollten zwangseingewiesene Personen in den Fürsorgeheimen isoliert, therapiert und durch Arbeit erzogen werden. Eine solche geschlossene Venerologische Station mit einem besonders repressiven Charakter befand sich in der Zeit von 1961 bis 1982 mitten in der Stadt Halle (Saale). Aufgrund von Berichten Betroffener hat der Landesbeauftragte die Aufarbeitung zu diesem Themenbereich unterstützt und berät fortlaufend betroffene Frauen.

⁶ Steger, Florian/Schochow, Maximilian: Disziplinierung durch Medizin. Die geschlossene Venerologische Station in der Poliklinik Mitte in Halle (Saale) 1961–1982; Studienreihe der Landesbeauftragten, Sonderband. Halle (Saale) 2014.



Kopien aus sowjetischen Akten zu Deutschen, die von Sowjetischen Militärtribunalen zu Tode verurteilt worden sind.

Unterstützung von Lokal- und Familienforschern

Mit den Einsichten der medizinhistorischen Aufarbeitung durch die Behörde des Landesbeauftragten⁶ ist es den betroffenen Frauen – im Übrigen auch in anderen Bundesländern – ermöglicht worden, strafrechtlich rehabilitiert zu werden.

Dieses Thema wird im Zusammenhang mit Anfragen von Studierenden, Medien und betroffenen Frauen und im Austausch mit Professor Florian Steger fortlaufend weiterbearbeitet.

Die Behörde des Landesbeauftragten unterstützt Lokal- und Familienforscher bei Projekten mit einem Bezug zur Sowjetischen Besatzungszone und der DDR. So wandte sich ein Forscher an die Behörde, der gewaltsame Todesfälle in der unmittelbaren Nachkriegszeit untersucht. Laut Zeitzeugenberichten sollen diese Personen von Angehörigen der sowjetischen Besatzungsmacht erschossen worden sein. Die Behörde unterstützte den Forscher bei seinen Recherchen und konnte in mehreren Fällen zur Aufklärung beitragen, dass die Betroffenen von Sowjetischen Militärtribunalen



Im vom Landesbeauftragten gemeinsam mit der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg angebotenen Zeitzeugen-Club arbeiten Betroffene ihre eigene Lebensgeschichte auf.

Der Landesbeauftragte unterstützt Lokal- und Familienforscher bei Fragen mit Bezug zur Geschichte der SBZ und DDR.

zu Tode verurteilt und hingerichtet worden sind. In anderen Fällen ließ sich eine sowjetische Beteiligung anhand der zugänglichen sowjetischen Akten nicht nachweisen. Da jedoch eine Vielzahl von sowjetischen Dokumenten in den Archiven der Russischen Föderation, insbesondere zur Tätigkeit der sowjetischen Sicherheitsorgane, nicht zugänglich sind, können die Fälle derzeit nicht endgültig aufgeklärt werden.

In einem anderen Fall versuchte ein Familienforscher das Schicksal eines entfernten Angehörigen zu klären. Dieser ist im November 1953 vor dem Polizeipräsidium in Halle (Saale)

erschossen worden. Die Sterbeurkunde weist einen „Kopfschuss“ als Todesursache aus. Da weder polizeiliche noch staatsanwaltschaftliche Ermittlungsakten noch Unterlagen im Bereich des Ministeriums für Staatssicherheit gefunden worden sind, ist zu vermuten, dass bei diesem Vorfall Angehörige der sowjetischen Besatzungsmacht beteiligt waren. Deshalb wurde zunächst über die Dokumentationsstelle Dresden bei der Stiftung Sächsische Gedenkstätten bei der Haupt-Militärstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation ein Antrag auf Rehabilitierung des Getöteten in der Hoffnung gestellt, dass in diesem Verfahren Unterlagen zu dem Vorfall

ermittelt werden. Trotz der gegenwärtigen politischen Spannungen werden solche Rehabilitierungsverfahren weitergeführt. Im konkreten Fall konnte jedoch keine Akte gefunden werden und deshalb auch keine Rehabilitierung erfolgen.

Dokumentation von Zeitzeugenerinnerungen

Eine wichtige Quelle für die Erforschung der Geschichte der SBZ/DDR sind die Erinnerungen von Zeitzeugen, da Archivdokumente häufig nur das Handeln von Staat und Partei und nur in einem sehr geringen Maße die Sichtweise der Betroffenen widerspiegeln. Die Erinnerungen von Zeitzeugen bilden deshalb eine wichtige Ergänzung, um die historische Wirklichkeit zu rekonstruieren. Zeitzeugenerinnerungen in Wort und Schrift eignen sich auch gut für den Einsatz in der historischen Bildungsarbeit, weil sie über die Empathie mit den Betroffenen das Interesse an dem historischen Gegenstand hervorrufen und auf diese Weise eine kritische Reflexion über die SED-Diktatur anregen. Die Behörde des Landesbeauftragten führt regelmäßig Interviews mit Zeitzeugen durch und sichert diese in Film- oder in Tonaufnahmen. Dabei werden in der Regel sogenannte „lebensgeschichtliche Interviews“ nach der einschlägigen Methode der Oral History angefertigt. Auf diese Weise wird das gesamte Leben der Betroffenen und somit deren gesamte Persönlichkeit erfasst. Diese Interviews dauern – je nach der Disposition des Betroffenen – mitunter mehrere Stunden, sie können aber in einigen Fällen auch mehrere Tage in Anspruch nehmen. Im Zusammenhang mit der Erstellung der Ausstellung „Fluchtpunkt Botschaft

Prag“ wurden sechs Interviews geführt. In Kooperation mit dem Landesarchiv Sachsen-Anhalt in Merseburg wurde ein Gespräch mit zwei Zeitzeuginnen des Aufstands vom 17. Juni 1953 in Merseburg aufgezeichnet. Als ein weiterer Interviewpartner stand ein früherer Offizier der DDR-Grenztruppen zur Verfügung. In einem geförderten Projekt wurden Interviews mit Frauen aus der DDR-Punkszene geführt. In einem weiteren geförderten Projekt des Landesheimatbundes entstehen Zeitzeugeninterviews zum Leben entlang der früheren innerdeutschen Grenze.

5. Informieren

Der Landesbeauftragte informiert die Öffentlichkeit in verschiedenen Veranstaltungsformaten, mit Ausstellungen und Publikationen über die Geschichte der SED-Diktatur.

1. Tagungen und öffentliche Veranstaltungen

27. Bundeskongress in Erkner

„Jugend unter Generalverdacht? Instrumentalisierung, Protest und Verfolgung junger Menschen in der kommunistischen Diktatur“ war das Thema des 27. Bundeskongresses der Konferenz der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen. Er wurde 2024 von der Brandenburgischen Landesbeauftragten ausgerichtet und fand vom 24. bis zum 26. Mai in Erkner statt. Mit der Präsidentin des Brandenburgischen Landtags, Prof. Dr. Ulrike Liedtke, Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke und der Berliner Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, Katharina Günther-

Wünsch, waren auch mehrere führende Landespolitiker vertreten. Den Festvortrag am Eröffnungsabend hielt der Schriftsteller und Publizist Marko Martin. Er fragte, wie die Herkunft die Erinnerung und die Aufarbeitung prägt. Der zweite Tag begann mit einem Vortrag von Prof. Dr. Bernd Lindner zur Jugendpolitik in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR. Für die kommunistische Staatsführung war die Jugend zugleich Hoffnungsträger, wegen ihres Protestpotenzials aber auch ein Sicherheitsrisiko. Im zweiten Hauptvortrag ging die Psychoanalytikerin Dr. Agathe Israel den psychischen Folgen einer Sozialisation von Menschen in einer Diktatur nach. Diese Aspekte wurden im Anschluss in zehn parallelen Gesprächsgruppen vertieft. Der Nachmittag bot Zeit zum Durchatmen, bevor die Berichte aus den Verbänden und ein Podiumsgespräch zur Arbeit der Landesbeauftragten, der Bundesstiftung und der SED-Opferbeauftragten folgten. Der Abend klang mit Musik und der Vorführung des Films „In einem Land,

das es nicht mehr gibt“ aus. Am Sonntag stand die Vermittlung der DDR-Geschichte an die nachwachsenden Generationen im Mittelpunkt. Unter der Frage „DDR – Fußnote der Geschichte?“ diskutierten Bildungssenatorin Günther-Wünsch, der Bundesvorsitzende des Verbandes der Geschichtslehrerinnen und Geschichtslehrer, Niko Lamprecht, und die Leipziger Geschichtsdidaktikerin Prof. Dr. Kathrin Klausmeier wie die DDR-Geschichte besser im Schulunterricht, aber auch in der Lehrerbildung verankert werden kann. Zu dieser Problematik hatten die Landesbeauftragten, die Bundesstiftung Aufarbeitung und die SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag die Resolution „Mehr DDR-Vergangenheit vermitteln, mehr Diktaturgeschichte erklären“ erarbeitet. Darin fordern sie unter anderem, die DDR-Geschichte als Prüfungsthema festzulegen und an den Universitäten Lehrstühle zur

Zeitgeschichte mit einem Schwerpunkt auf die SBZ/DDR zu schaffen. Die Resolution fand auf dem Bundeskongress eine breite Zustimmung und wurde der Senatorin Günther-Wünsch in ihrer Funktion als zweiter Vizepräsidentin der Kultusministerkonferenz überreicht. Der Bundeskongress schloss mit einer Gedenkveranstaltung auf dem Friedhof über den Massengräbern der Toten des sowjetischen Speziallagers Ketschendorf.

29. Halle-Forum 2024

„Der Strafvollzug in der DDR. Arbeit und Alltag hinter Gittern“ war das Thema des 29. Halle-Forums am 26. und 27. September 2024. Das Halle-Forum ist eine Kooperationsveranstaltung des Landesbeauftragten mit den Gedenkstätten ROTER OCHSE in Halle, Moritzplatz in Magdeburg und Deutsche Teilung Marienborn, der Landeszentrale für politische Bildung,

Das jährliche Halle-Forum dient dem Austausch von Betroffenen des SED-Unrechts mit Wissenschaftlern, der Aufarbeitungscommunity und der Öffentlichkeit.

Zeitzeugen berichten auf dem Halle-Forum über ihre Zwangsarbeit in DDR-Haft. Johannes Beleites im Gespräch mit Holger Rossmann und Silvia Krause.





Besucher des 29. Halle-Forums.

der Konrad-Adenauer-Stiftung – Politisches Bildungsforum Sachsen-Anhalt, der Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Sachsen-Anhalt e. V. und dem Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Eine finanzielle Förderung erfolgte durch die Stiftung Rechtsstaat Sachsen-Anhalt. Schwerpunkt des ersten Tages war der Strafvollzug für Jugendliche im Jugendhaus Halle. PD Dr. Udo Grashoff stellte zunächst seine unlängst veröffentlichten Forschungsergebnisse zu diesem Thema vor.⁷ Dies wurde in ein Podiumsgespräch mit dem Autor und den beiden Zeitzeugen Ralf Steeg und Michael Schremmer vertieft. Im Anschluss behandelte Dr. Rüdiger Wenzke den Militärstrafvollzug in Schwedt. Am Folgetag referierte Niklas Poppe über den Strafvollzug

für Frauen im Gefängnis „Roter Ochse“. Eigentliches Schwerpunktthema des Tages war die Zwangsarbeit der Häftlinge. Dr. Markus Mirschel rekonstruierte die Lieferketten der von den Häftlingen im Strafvollzug hergestellten Produkte bis zum Endabnehmer. Die beiden Zeitzeugen Silvia Krause und Holger Rossmann berichteten über persönliche Erfahrungen bei der Häftlingszwangsarbeit, Sandra Czech und Alesch Mühlbauer präsentierten das von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V. erstellte Webportal Zwangsarbeit in der DDR.⁸ Weiterhin legte Birger Dölling dar, wie die Gefängnisinsassen auf die Ereignisse der Friedlichen Revolution reagierten und wie es zur Entlassung der politischen Häftlinge im Herbst 1989

kam. Schließlich stellte Joseph Walther die neu eröffnete Gedenkstätte Hohen-eck vor. Am Halle-Forum nahmen rund 100 Besucher, darunter zahlreiche Betroffene von SED-Unrecht teil. Die lebhaften Diskussionen und vielen Beiträge ehemaliger Häftlinge zu ihren persönlichen Erfahrungen von Strafvollzug und Zwangsarbeit unterstrichen die hohe Relevanz dieser Thematik; es wurden aber auch bestehende Forschungsdesiderate sichtbar.

Fachtag „Vom Kinderheim zum Altenheim“

„Vom Kinderheim zum Altenheim“ – 35 Jahre nach dem Ende der DDR gewinnt diese Problematik zunehmend an Bedeutung. Denn bei vielen der etwa eine halbe Million Kinder, die in der DDR in Kinderheimen und Jugendwerkhöfen aufwachsen oder zumindest Teile ihrer Kindheit und Jugend verbringen mussten, hinterließ diese Erfahrung traumatische Spuren. Wenn diese Menschen im Alter, zumeist notgedrungen, in eine Senioreneinrichtung ziehen, kommt diese Erinnerung trotz der völlig veränderten Verhältnisse wieder hoch und die Betroffenen zeigen mitunter ein auffälliges Verhalten. „Wie gelingt ein sensibler Umgang mit ehemaligen Heimkindern in der DDR?“, fragte vor diesem Hintergrund der Fachtag am 8. November in der Magdeburger Otto-von-Guericke-Universität. Er richtete sich vor allem an Psychologen, Psychotherapeuten, Berater, Ärzte, Pflegedienstleiter und Pflegeheimbetreiber. Dr. Angelika

Wie gelingt ein sensibler Umgang mit ehemaligen Heimkindern, wenn sie in einem Altersheim leben?

Censebrunn-Benz führte anhand von Fallvignetten in die Problematik ein. Prof. Dr. Heide Glaesmer gab einen Überblick über das System von Kinder- und Jugendheimen in der DDR und erläuterte die empirischen Daten ihres aktuellen Forschungsprojekts zu diesem Thema. Dr. Censebrunn-Benz zeigte in einem zweiten Vortrag auf, inwieweit die Langzeitfolgen der Heimunterbringung heute ein Problem in der Altenpflege darstellen. Dr. Daniela Ringkamp beschrieb die Versorgungseinrichtungen zur Altenhilfe der Caritas im Bereich des Bistums Magdeburg und ging dabei auch auf die Ausbildungsinhalte in der Altenpflege mit Bezug auf besondere Fallgruppen ein. In der abschließenden Podiumsdiskussion erörterten die Teilnehmer mit dem Landesbeauftragten, wie der Umgang mit ehemaligen Heimkindern in den Pflegeeinrichtungen verbessert und wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege für diese Problematik sensibilisiert werden können. Der Fachtag wurde aufgezeichnet und ist über die Plattform YouTube einsehbar.⁹

⁷ Udo Grashoff: „Die Schlägerei hört einfach nicht auf“. Jugendhaus Halle. Gefängnisalltag (1971-1990). Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag 2023.

⁸ URL = <https://zwangsarbeit-ddr.de/>

⁹ URL = <https://tinyurl.com/3n5u4ab6>



Landtagsvizepräsidentin Anne-Marie Keding im Publikum beim Podiumsgespräch am 3. September 2024 im Landtag.

60-Minuten-Online-Veranstaltungsreihe

Die Online-Veranstaltungsreihe „Aufarbeitung und Rehabilitierung kompakt in 60 Minuten“ fand auch im Jahr 2024 ihre Fortsetzung. Die insgesamt elf Veranstaltungen deckten ein breites Themenspektrum ab. Einen Schwerpunkt bildete aus Anlass des 35. Jahrestags der Friedlichen Revolution die Rückschau auf die Ereignisse im Jahr 1989. Dr. Jens Gieseke behandelte die Frage, warum die Friedliche Revolution nicht nach dem chinesischen Vorbild gewaltsam niedergeschlagen wurde. Lothar Tautz charakterisierte den Arbeitskreis „Solidarische Kirche“ als einen Wegbereiter der Friedlichen Revolution, Prof. Dr. Marcus Böick blickte auf die Geschichte der Treuhandanstalt. Andere Referenten stellten ihre laufenden oder kürzlich abgeschlossenen Forschungsvorhaben vor: Dr. Sebastian Richter sprach

zur Rolle der in Bernburg geborenen und aufgewachsenen Hilde Benjamin in der DDR-Justiz. Dr. Christian Dietrich widmete sich dem Thema der Polizeigewalt gegen Vertragsarbeiter, Christian Mennicke blickte auf den Sieg des FC Magdeburg beim Europapokal der Landesmeister 1974 und auf die Fußballfankultur in Ostdeutschland. Prof. Dr. Michael Wala betrachtete die DDR-Auslandsspionage auf der Grundlage der Akten des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Aus dem Themenbereich der Rehabilitierung zeigte Dr. Karl-Heinz Bomberg Wege der psychischen Aufarbeitung von politischer Traumatisierung auf. Birgit Neumann-Becker stellte den Härtefallfonds des Landes Sachsen-Anhalt und die Fördermöglichkeiten für bedürftige Betroffene von SED-Unrecht vor. Die Kinder- und Jugendheime der DDR, die traumatischen Erfahrungen ihrer Insassen und deren Bewältigung war Gegenstand des Vortrags von Prof. Dr. Heide Glaesmer. Die Veranstaltungen wurden jeweils durchschnittlich von ca. 25 Teilnehmern besucht.

Feierstunde im Landtag und Podiumsgespräch

Zum 35. Jahrestag der Friedlichen Revolution von 1989 lud der Landtag von Sachsen-Anhalt am 3. September 2024 zu einer Feierstunde in den Plenarsaal ein. Die Festreden hielten die Präsidentin des Deutschen Bundestags, Bärbel Bas, und der Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Johannes Beleites. Der Landesbeauftragte blickte zurück in die Anfänge der Friedlichen Revolution und auf die Rolle von und das Verhältnis zwischen den vergleichsweise wenigen Oppositionellen

und der riesigen Zahl der Ausreisewilligen. Er betonte in Erinnerung an den Ruf der Demonstranten von 1989 „Demokratie – jetzt oder nie!“ die Bedeutung demokratischen Handelns auf allen Seiten des Meinungsspektrums auch heute und in Zukunft.

Im Anschluss fand ein vom Landesbeauftragten organisiertes und moderiertes Gesprächsforum zum Thema „Fluchtpunkt Botschaft Prag“ statt. Die Zeitzeugen Dr. Rolf Mahlke und Drs. Ulrike und Jens Schlicht berichteten über ihre Flucht über die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in den Westen. Sie schilderten eindrucksvoll ihre Motive für die schwerwiegende und risikoreiche Entscheidung, ihre Heimat zu verlassen und einen Neuanfang in der Freiheit zu wagen. Weitere Zeitzeugen im Publikum, wie zum Beispiel Gunther Raecke, ergänzten die Berichte um ihre eigenen Erlebnisse. Am Rande des Gesprächsforums wurden auch die ersten beiden Tafeln der Ausstellung „Fluchtpunkt Botschaft Prag“ vorgestellt. Die Botschaftsfluchten waren deshalb Schwerpunktthema dieses Tages, weil das Land Sachsen-Anhalt 2024 zusammen mit der Deutschen Botschaft in der Tschechischen Republik am 30. September das „Fest Svoboda“, das Fest der Freiheit in Prag ausrichtete. An diesem Tag hatte dort 1989 der gebürtige Hallenser und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher vom Botschaftsbalkon den Tausenden in der Botschaft kampierenden DDR-Bürgern die berühmten Worte verkündet „... wir sind zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise ...“. Aufzeichnungen der Feierstunde im Landtag¹⁰ sowie des Gesprächsforums¹¹ sind über die Webseite des Landtags abrufbar.

Am 30. September fand zum selben Thema ein Podiumsgespräch des Landesbeauftragten in der Deutschen Botschaft in Prag statt, an dem wiederum Flüchtlinge, die 1989 aus Sachsen-Anhalt über Prag in die Bundesrepublik gelangt waren, teilnahmen.

Exkursionen an das Grüne Band

„Grenz-Erfahrungen am Grünen Band – Geschichte und Natur erleben“ – unter diesem Motto führten zwei Exkursionen an die ehemalige innerdeutsche Grenze, das heutige „Nationale Naturmonument Grünes Band – vom Todesstreifen zur Lebenslinie“. Organisiert wurden die Exkursionen in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung, dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, der Evangelischen Erwachsenenbildung Sachsen-Anhalt und dem Lothar-Kreyssig-Ökumenezentrum. Die erste Exkursion führte am 8. Juni in den Nordharz in den Grenzort Abbenrode. Von dort aus wanderten die Teilnehmer nach Stapelburg. Dort war am 11. November 1989 der erste neue Grenzübergang außerhalb Berlins eingerichtet worden. Anschließend führte der Weg weiter zur ehemaligen Kuranstalt Jungborn, in der vor dem Zweiten Weltkrieg Persönlichkeiten wie Franz Kafka Erholung gesucht hatten. Im Schützenhaus von Stapelburg hielt der Historiker Justus Vesting

„Grenzerfahrungen – Geschichte und Natur erleben“: Zwei Exkursionen führten an das Grüne Band.

¹⁰ URL = <https://tinyurl.com/4ycyh9vb>

¹¹ URL = <https://tinyurl.com/2xccr3v4>



Bei den Exkursionen an das Grüne Band wird den Teilnehmern anschaulich der Aufbau und die Funktionsweise der ehemaligen DDR-Grenzanlagen erläutert.



Zur Zeit der Teilung Deutschlands fotografierte ein Grenzschilder DDR-Grenzsoldaten. Heute arbeiten Fotograf und die Fotografierten zusammen im Grenzkreis Abbenrode.

einen Vortrag zum Alltag im Grenzort Stapelburg. Die zweite Exkursion ging in das Doppeldorf Böckwitz-Zicherie, das „Klein-Berlin des Nordens“. Denn vor 1989 riegelte die Grenze beide Orte voneinander ab. Die Exkursion begann mit einem von der Zeitzeugin Inge Jakobs geführten Rundgang durch das Grenzmuseum, anschließend wanderte die Gruppe den Grenzlehrpfad entlang und bestieg den ehemaligen Grenzurm. Die Exkursion schloss mit einer Lesung von Ines Godazgar aus ihrem Buch „Grenzschildsale“ und einem Zeitzeugengespräch. Insgesamt nahmen an beiden Exkursionen 54 Personen teil.

„Freiheitsschock“ – Lesung und Gespräch mit Ilko-Sascha Kowalczuk

Sein viel beachtetes und viel diskutiertes Buch „Freiheitsschock. Eine andere Geschichte Ostdeutschland von 1989 bis heute“ stellte der Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk am 17. Oktober im Stadtmuseum Halle vor. Es handelte sich um eine Kooperationsveranstaltung des Landesbeauftragten mit der Gedenkstätte Roter Ochse, der Landeszentrale für politische Bildung, der Stadt Halle und der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt. Die Nachfrage war so groß, dass nicht alle Interessierte im Saal Platz fanden.

Lesereise „Grenzschildsale“

Das 2023 aufwendig gestaltete Buch „Grenzschildsale. Als das Grüne Band noch grau war“ hat nach seinem Erscheinen breites Interesse hervorgerufen und war in seiner ersten Auflage rasch vergriffen. Herausgeber sind die Behörde des Landesbeauftragten, die

Landeszentrale für politische Bildung und die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. Das Buch enthält die Geschichten von 30 Menschen mit ganz unterschiedlichen Perspektiven auf das Leben an und mit der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Die Autorin Ines Godazgar unternahm auch 2024 eine Lesereise zu dem Buch durch zahlreiche Orte in Sachsen-Anhalt und im grenznahen Bereich von Niedersachsen. Insgesamt fanden 15 Einzellesungen in Partnerschaft mit Kirchengemeinden, Landfrauenvereinen, Volkshochschulen oder als Begleitveranstaltungen zur Wanderausstellung „An der Grenze erschossen. Die Todesopfer des DDR-Grenzregimes in Sachsen-Anhalt“ statt und diese erreichten rund 400 Zuhörer. In vielen Fällen bildeten die Vorträge über die „Grenzschildsale“ den Ausgangspunkt von weiterführenden Gesprächen über die eigene Wahrnehmung der SED-Diktatur und setzten auf diese Weise Reflexionsprozesse über die DDR-Vergangenheit in Gang.

Lesereise „Die Solidarische Kirche“

Der 1983 in Wittenberg entstandene Arbeitskreis „Solidarische Kirche“ entwickelte sich im Verlauf der 1980er Jahre zu einem landesweiten Netzwerk von Oppositionskräften, in dem auch einige der während und nach der Friedlichen Revolution von 1989 einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gewordenen Persönlichkeiten aktiv waren. Im Herbst 2024, aus Anlass des 35. Jahrestags der Friedlichen Revolution, führte der Autor und Zeitzeuge Lothar Tautz fünf Lese- und Gesprächsabende zu dem im November im Mitteldeutschen Verlag erschienenen Buch durch: in Magdeburg, Halle,

Schüler und Jugendliche über die SED-Diktatur zu informieren ist ein Schwerpunkt der Arbeit des Landesbeauftragten.

Weißenfels, Bad Schmiedeberg und Online als Teil der Vortragsreihe „Aufarbeitung von SED-Unrecht kompakt“. Eine weitere Veranstaltung zu diesem Buch hatte bereits im März am Rande der Leipziger Buchmesse in der Gedenkstätte „Runde Ecke“ stattgefunden. In Weißenfels, wo 1989 Lothar Tautz als Kreisjugendpfarrer tätig war, hielt Oberbürgermeister Martin Papke ein Grußwort, und es kam zu einem freudigen Wiedersehen mit zahlreichen ehemaligen Mitstreitern.



Lothar Tautz beim Gesprächsabend in der Stadtbibliothek Magdeburg.

2. Bildungsarbeit mit Schülern und Jugendlichen

Der Landesbeauftragte fördert und unterstützt die historisch-politische Bildungsarbeit mit Bezug auf die SED-Diktatur auf vielfältige Weise. Er stellt Materialien wie Ausstellungen, pädagogisches Arbeitsmaterial und die Handreichung für Lehrkräfte „Die DDR ist Geschichte“ zur Verfügung, bietet in Kooperation mit dem Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte an und führt selbst Zeitzeugengespräche und Schulprojekt-tage an Schulen durch.

Zeitzeugengespräche an Schulen mit Jochen Stern

Jochen Stern (Jg. 1928) gehört zu den wenigen noch lebenden Zeitzeugen, die von ihrer Jugend im nationalsozialistischen Deutschland, von den Kämpfen im Zweiten Weltkrieg und vom Leben in der sowjetischen Besatzungszone berichten können. Nach Kriegsende arbeitete er als sog. „Neulehrer“ und engagierte sich politisch in der Liberaldemokratischen Partei. 1947 verhaftete ihn die sowjetische Geheimpolizei NKWD, beschuldigte ihn, Mitglied der amerikanischen Spionagegruppe „Liberal Organisation“ zu sein, und verurteilte ihn zu 25 Jahren Lagerhaft, die er bis 1954 in Bautzen verbringen musste. Als noch immer aktiver Schauspieler kann Jochen Stern seine Erlebnisse den Zuhörern besonders anschaulich nahebringen. Im April organisierte der Landesbeauftragte drei moderierte Zeitzeugengespräche mit Jochen Stern: am 18. April im Philanthropium in Dessau-Roßlau, am 19. April in den Berufsbildenden Schulen „Dr. Otto Schlein“ in Magdeburg und



Noch im hohen Alter von 96 Jahren berichtete Lothar Stern in Schulen von seiner Haft in sowjetischen Gefängnissen und Lagern.

am 23. April in der Freien Schule in Köthen. Da meist mehrere Jahrgangsstufen teilnahmen, erreichten die Zeitzeugengespräche rund 400 Schülerinnen und Schüler.

Schulprojekt „Nie wieder Krieg!“ mit Lothar Tautz

„Nie wieder Krieg!“ war der Titel der diesjährigen Schulprojekt-tage, die Lothar Tautz an jeweils zwei Tagen mit unterschiedlichen Klassen an vier Schulen in Sachsen-Anhalt in Kooperation des Landesbeauftragten mit dem Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. durchführte: am Herder-Gymnasium in Merseburg, am Albert-Einstein-Gymnasium in Magdeburg, an der Freien Schule in Köthen und am Goethe-Gymnasium in Weißenfels. Die Projekt-tage richteten sich an Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen neun, zehn und elf. Thematisch stellten sie einen Gegenwartsbezug her und bezogen die gegenwärtigen Kriege in der

Ukraine und im Nahen Osten mit ein. Indem sie auf die Friedensbewegungen in Ost- und West als Ergebnis der Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs und der drohenden nuklearen Eskalation des Kalten Krieges eingingen, gewannen die Schülerinnen und Schüler ein vertieftes Verständnis über die Hintergründe des gegenwärtigen Kriegsdiskurses in Deutschland. Der Verweis auf die Repression von jungen Menschen in der DDR, die den Auf-näher „Schwerter zu Pflugscharen“ offen an ihrer Kleidung trugen, holte die Schülerinnen und Schüler in ihrer eigenen Lebenswelt ab und vermittelte ihnen ein Verständnis von der Funktionsweise der SED-Diktatur. Die Projekt-tage basierten auf der 2022 von Lothar Tautz erstellten Handreichung für den Schulunterricht „Die DDR ist Geschichte“, die Lehrkräften über den Bildungsserver des Landes Sachsen-Anhalt und die Webseite des Landesbeauftragten zur Verfügung gestellt wird.¹² Mit dem Schulprojekt wurden rund 360 Schülerinnen und Schüler erreicht.

Schulprojekt-tage und Veranstaltungen im Rahmen der Erwachsenenbildung

Projekt-tage in Schulen und Veranstaltungen im Rahmen der Erwachsenenbildung zur Opposition in der DDR und zur Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in einem Vergleich zu parallelen Entwicklungen sind im März und im November 2024 von Wolfram Tschiche angeboten und organisiert worden. Die Veranstaltungsreihe im März wurde zusammen mit dem tschechischen Historiker Jan Sicha

¹² URL = <https://aufarbeitung.sachsen-anhalt.de/service/unterrichtsmaterialien>



Prof. Dr. Oleh Turiy (rechts) und Wolfram Tschiche bei der Veranstaltung am 6. November 2024 in der Stadtbibliothek Magdeburg.

durchgeführt, der Ende der 1980er Jahre in der studentischen Opposition in Prag tätig war. Sie stand unter dem Titel die „DDR-Opposition und die ostmitteleuropäischen Dissidenten“ und fragte nach der Relevanz der damaligen Ziele für die Gegenwart. Schulische Projektstage fanden am Editha-Gymnasium in Magdeburg, der Lessing-Sekundarschule in Salzwedel, an der Gemeinschaftsschule Sülzetal und insgesamt drei Projektstage fanden an der Berufsbildenden Schule II in Stendal statt. Diese Veranstaltungen erreichten rund 200 Schülerinnen und Schüler. Veranstaltungen im Rahmen der Erwachsenenbildung fanden in der Stadtbibliothek Magdeburg, der Kreisvolkshochschule Salzwedel und der Gedenkstätte ROTER OCHSE in Halle (Saale) statt und erreichten rund 80 Personen. Die zweite Reihe an Projekttagen und Veranstaltungen im November stand unter dem Thema

„Die Aufarbeitung der sowjetkommunistischen Vergangenheit in der Ukraine und die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit im Vergleich“. Partner von Wolfram Tschiche war hierbei der Kirchenhistoriker Prof. Dr. Oleh Turiy von der Ukrainischen Katholischen Universität in Lwiw (Lemberg). Hierzu fanden zwei jeweils schulische Projektstage an der Berufsbildenden Schule II in Stendal, der Integrierten Gesamtschule „Regine Hildebrandt“ in Magdeburg, der Lessing Sekundarschule in Salzwedel und am Europa-Gymnasium „Walter Rathenau“ in Bitterfeld sowie ein Projekttag am Gymnasium „Am Thie“ in Blankenburg statt. Diese Projektstage erreichten rund 270 Schülerinnen und Schüler. Zudem besuchten eine Veranstaltung in der Stadtbibliothek Magdeburg ca. 45 Personen.

3. Fortbildungsveranstaltungen

Workshops „SED-(Justiz-)Unrecht vermitteln im Rechtsreferendariat“

Zeitzeugengespräche, Führungen durch Gedenkstätten und Archive und eine Aufführung des Theaterstücks „Der Massenmensch“, gespielt vom Ernst-Jennrich-Theater, daneben klassische Formate der juristischen Ausbildung wie die juristische Fallarbeit, jedoch mit einer Besonderheit: Grundlage der Fallarbeit war eine Originalakte aus einem Strafverfahren der DDR. In möglichst abwechslungsreicher und anschaulicher Weise sollte gemeinsam mit den anderen Veranstaltern die DDR, ihre Geschichte und ihr Rechtssystem präsentiert werden. Dies führte die Teilnehmer an ein Thema heran, das für junge Menschen 35 Jahre nach der Friedlichen Revolution häufig ein weißer Fleck ist. Ein wesentliches Ziel war es, die Referendarinnen und Referendare dazu anzuregen, selbst einen kritischen Blick auf den Umgang mit (Un-)Recht in der DDR zu entwickeln. 2022 ist die Auseinandersetzung mit dem SED-Unrecht als Bestandteil der Referendarausbildung im Deutschen Richtergesetz fest verankert worden. Die Behörde des Landesbeauftragten organisiert daher seit 2023 in Kooperation mit dem Landesjustizprüfungsamt, der Landeszentrale für politische Bildung, der Gedenkstättenstiftung und den Außenstellen des Bundesarchivs in Magdeburg und Halle jährlich im Frühjahr und im Herbst und jeweils in Magdeburg und Halle dreitägige Workshops zum SED-(Justiz-)Unrecht, die ein fester Teil des juristischen Vorbereitungsdienstes sind. Gerade aufgrund der Vielgestaltigkeit

der Angebote erfuhr der Workshop von Seiten der Teilnehmer eine positive Resonanz. Im Jahr 2024 fanden die Module vom 17. bis 19. April und 22. bis 24. April sowie vom 28. bis 30. Oktober und 11. bis 13. November statt. Insgesamt erreichten diese Workshops im Jahr 2024 ca. 100 Nachwuchsjuristen.

Fortbildungen für Lehrkräfte

Der Landesbeauftragte führt regelmäßig in Kooperation mit dem Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung (LISA) Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte durch, um diese mit dem neuesten Forschungsstand und mit neuen Unterrichtsmaterialien zur Geschichte der SED-Diktatur vertraut zu machen. Angesichts des durch Lehrkräftemangel und hohe Krankenstände bedingten großen Bedarfs an Vertretungsunterricht und angesichts der ohnehin schon sehr hohen Arbeitsbelastung der Lehrkräfte

Gemeinsam mit dem Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung bietet der Landesbeauftragte regelmäßig Lehrerfortbildungen an.



Der Zeitzeuge Lothar Rochau berichtet den Rechtsreferendaren von seinem Strafprozess in der DDR und seiner Haft Erfahrung.

erweist es sich mitunter als schwierig, außerhalb der eigentlichen Dienstzeit genügend Teilnehmer zu gewinnen. Am 28. Mai fand eine gemeinsam mit dem Stasi-Unterlagen-Archiv Halle veranstaltete Fortbildung zum Thema „Der Aufstand des 17. Juni 1953 in Sachsen-Anhalt, insbesondere in Halle“ statt. Dort wurde den Lehrkräften das pädagogische Begleitmaterial zu der im Jahr 2023 erstellten Ausstellung „MENSCHEN RECHT FREIHEIT PROTEST. Der Aufstand vom 17. Juni 1953 in Sachsen-Anhalt“ vorgestellt. In einem Vortrag ging der Historiker Hans-Peter Löhn vertiefend auf die Ereignisse am 17. Juni in Halle ein. Im Anschluss stellte die Leiterin des Stasi-Unterlagen-Archivs Halle, Marit Krätzer, ihre Einrichtung als einen außerschulischen Lernort vor und führte die Teilnehmer durch das Archiv.

Eine weitere Fortbildungsveranstaltung war für den Oktober zu der Handreichung „Die DDR ist Geschichte“ angekündigt. Hierfür gab es jedoch eine zu geringe Anmeldungsanzahl, so dass sie nicht stattfinden konnte.

Fortbildung für Ärzte, Psychologen und Psychotherapeuten

Der Fachtag „Vom Kinderheim zum Altenheim. Wie gelingt ein sensibler Umgang mit ehemaligen Heimkindern der DDR im Alter“ am 8. November 2024 in Magdeburg konnte von Ärzten, Psychologen und Psychotherapeuten auch als Fortbildungsveranstaltung genutzt werden und ist von der Ärztekammer Sachsen-Anhalt entsprechend zertifiziert worden.

4. Ausstellungen

Fluchtpunkt Botschaft Prag

Am 30. September 1989 verkündete Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher vom Balkon der deutschen Botschaft in Prag den Tausenden im Botschaftsgarten kampierenden DDR-Bürgern: „Wir sind zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise ...“ Das aus diesem Anlass alle fünf Jahre in Prag veranstaltete „Fest der Freiheit“ wurde in diesem Jahr vom Landtag von Sachsen-Anhalt ausgerichtet. Deshalb hat der Landesbeauftragte in Kooperation mit dem Landtag die Plakatausstellung „Fluchtpunkt Botschaft Prag“ erarbeitet. Sie erzählt die Lebensgeschichten von sechs Menschen und ihren Familien aus Sachsen-Anhalt, die von Sachsen-Anhalt aus im Herbst 1989 in der westdeutschen Botschaft Zuflucht gesucht haben, um so ihre Ausreise in die Bundesrepublik zu erreichen. Die Ausstellung zeigt die ganz unterschiedlichen Motive und Lebensumstände, die diese Menschen zu der Entscheidung veranlassten, aus der DDR zu fliehen, und sie verfolgt ihre weiteren Lebenswege nach ihrer Ausreise: Manche sind in Westdeutschland geblieben, einige sind nach Sachsen-Anhalt zurückgekehrt, andere sind ins Ausland gegangen. Doch für alle war die Flucht über Prag ein prägendes Erlebnis. Die Ausstellung ist multimedial angelegt. Über QR-Codes lassen sich mit Smartphones und anderen Endgeräten Audios mit den Erinnerungen der Zeitzeugen und Filmdokumente abrufen. Die Ausstellung wurde vom 30. September bis 3. Oktober in Prag und vom 1. bis 30. November im Landtag von Sachsen-Anhalt in Magdeburg gezeigt.

MENSCHEN RECHT FREIHEIT PROTEST. Der Aufstand vom 17. Juni 1953 in Sachsen-Anhalt

Die multimediale Wanderausstellung „MENSCHEN RECHT FREIHEIT PROTEST. Der Aufstand vom 17. Juni 1953 in Sachsen-Anhalt“ entstand 2023 und wurde von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert und von der Gedenkstätte Moritzplatz unterstützt. Sie umfasst insgesamt 25 Tafeln und informiert

über die Vor-, Nach- und Wirkungsgeschichte des Aufstands. Anhand von einzigartigen Fotos, Tondokumenten und Zeitzeugenberichten beleuchtet sie die lokalen Ereignisse an zehn Orten: Bitterfeld-Wolfen, Dessau, Halberstadt, Halle (Saale), Jessen (Elster), Leuna, Magdeburg, Roßlau, Schönebeck (Elbe) und Wernigerode. Zur Ausstellung ist ein Begleitheft und pädagogisches Begleitmaterial für den Einsatz im Schulunterricht erschienen. 2024 wurde die Ausstel-

Ausstellungen sind ein wichtiges Medium, um die Bürger über die SED-Diktatur zu informieren.

Die Ausstellung „Fluchtpunkt Botschaft Prag“ wurde auf dem „Fest der Freiheit“ in der deutschen Botschaft in Prag gezeigt.



lung im Stadthaus in Halle (17. Juni bis 8. Juli) und im Landesarchiv in Merseburg (16. Juni bis 31. Dezember) gezeigt.

An der Grenze erschossen. Erinnerung an die Todesopfer an der innerdeutschen Grenze

Die Wanderausstellung informiert über Aufbau und Funktion der DDR-Grenzsicherungsanlagen und über die 75 gewaltsamen Todesfälle an der innerdeutschen Grenze zwischen dem heutigen Sachsen-Anhalt und Niedersachsen und über das Schicksal von weiteren 31 Bürgerinnen und Bürgern aus den das heutige Sachsen-Anhalt umfassenden Gebieten, die an der Berliner Mauer, an anderen Grenzabschnitten der DDR oder des sozialistischen Auslands getötet worden sind. Die Ausstellung umfasst elf Tafeln, dazu ist ein Begleitband mit weiterführenden Informationen erschienen. Im Jahr 2024 war sie an vier Orten zu sehen: in Stolberg (Harz) (20. April bis 22. Mai), Quedlinburg (10. Juni bis 5. Juli), Goslar (12. Juli bis 23. August) und Helmstedt (30. August bis 16. Oktober). Dabei kooperierte der Landesbeauftragte mit der Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Sachsen-Anhalt e. V. und mit örtlichen Partnern. Eine finanzielle Unterstützung kam von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V. Die Ausstellung wurde von Vortrags- und Leseabenden begleitet.

5. Publikationen

Studienreihe

Ergebnisse von Forschungen zur Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur und zur Rehabilitierung von Betroffenen von SED-Unrecht veröffentlicht die Behörde des Landesbeauftragten seit 2013 in der Studienreihe, die im Mitteldeutschen Verlag erscheint. Zuletzt erschienen dort:

Lothar Tautz: Die Solidarische Kirche als Wegbegleiterin der Friedlichen Revolution. Studienreihe Bd. 10. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag, 2023. 211 Seiten. ISBN: 978-3-96311-658-2.

Birgit Neumann-Becker (Hg.): Abgeholt, verschwunden, hingerichtet. Politische Verfolgung in Sachsen-Anhalt 1945 bis 1953. Beiträge von Edda Ahrberg, Frank Drauschke und Andreas Weigelt. Studienreihe, Sonderband. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag, 2022, 707 Seiten. ISBN 978-3-96311-463-2.

Florian Steger/Maximilian Schochow: Wo ist mein Kind? Familien auf der Suche nach der Wahrheit. Ein Beitrag zur Aufarbeitung. Studienreihe, Sonderband. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag, 2020, 176 Seiten. ISBN 978-3-96311-4.

Einzelveröffentlichungen

Die Behörde des Landesbeauftragten gibt – auch in Kooperation mit anderen Partnern – auch Einzelveröffentlichungen heraus. Zuletzt erschienen:

Ines Godazgar: Grenzschicksale. Als das Grüne Band noch grau war. Hg. v. Kai Langer, Birgit Neumann-Becker,



Publikationen des Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Maik Reichel mit Fotografien von Maiko Glöckner und János Stekovics. Wettin-Löbejun: Verlag Janos Stekovics 2023. 592 Seiten. ISBN: 978-3-989923-450-3

Franziska Raposo: Von Mosambik in die DDR. Meine Zeit an der „Schule der Freundschaft“ in Staßfurt. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag, 2023. 160 Seiten. ISBN: 978-3-96311-839-5.

Stagnation und Wandel. Repression und Alltag in der Ära Honecker. Dokumentation des 26. Bundeskongresses der Konferenz der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen vom 8.–10. September 2023 in Wernigerode. Hg.

v. Birgit Neumann-Becker. Berlin: Verlag am Fluss, 2023. 72 Seiten. ISBN: 978-3-9814032-9-9.

MENSCHEN RECHT FREIHEIT PROTEST. Der Aufstand vom 17. Juni in Sachsen-Anhalt. Begleitheft zur Ausstellung. Hg. v. Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Berlin: Verlag am Fluss, 2023. 88 Seiten. ISBN: 978-3-9814032-8-2.

MENSCHEN RECHT FREIHEIT PROTEST. Der Aufstand vom 17. Juni in Sachsen-Anhalt. Pädagogisches Begleitmaterial zur Ausstellung. Hg. v. Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Magdeburg 2023. Elektronische Ausgabe. URL = <https://tinyurl.com/mtnyztaj>.

Die Publikationen in der Studienreihe sowie Einzelveröffentlichungen haben eine lange Vorlaufzeit. Durch den absehbaren Amtswechsel waren keine entsprechenden Projekte mehr offen; neue sind in Vorbereitung.

Monatlicher Rundbrief

Über aktuelle Veranstaltungen und Ausstellungen zur SED-Diktatur sowie über aktuelle Beratungsangebote für Betroffene von SED-Unrecht in Sachsen-Anhalt und in benachbarten Bundesländern informiert der monatliche Rundbrief. Er wird an Interessierte per Post und per E-Mail verschickt und liegt bei Einrichtungen der politischen Bildung und mit dem Thema befassten Behörden und Institutionen aus. Die gedruckte Ausgabe hat eine Auflage von 750 Exemplaren. Eine digitale Version ist zudem über die Webseite des Landesbeauftragten downloadbar.

Tätigkeitsberichte

Entsprechend der gesetzlichen Vorgabe informiert der Landesbeauftragte einmal jährlich den Landtag bis zum 31. März über seine Tätigkeit im Vorjahr. Die Tätigkeitsberichte werden den Abgeordneten des Landtags als Parlamentsdrucksache übermittelt und sind auch über das Informationssystem des Landtags öffentlich recherchierbar. Ebenso wird er auf der Internetseite des Landesbeauftragten veröffentlicht. In kleiner Auflage wird der Tätigkeitsbericht auch als Druckausgabe erstellt und kann von interessierten Bürgerinnen und Bürgern angefordert werden.

Flyer/Informationshefte

Der Landesbeauftragte informiert über seine Beratungs- und Bildungsangebote sowie über aktuelle Ausstellungen und Veranstaltungen unter anderem über Flyer, die an öffentlichen Orten ausliegen. 2024 wurde ein neues Flyer-Konzept entwickelt, das mit einem ansprechenden Layout die Informationen kompakter bündelt und sich dem Nachhaltigkeitsgebot verpflichtet sieht.

Bibliothek

Die Behörde des Landesbeauftragten unterhält eine umfangreiche Bibliothek mit Literatur zu allen Bereichen der Geschichte der DDR und der sowjetischen Besatzungszone und zu Fragen von Rehabilitierung Betroffener und Aufarbeitung des SED-Unrechts. Der Bibliotheksbestand umfasst hauptsächlich wissenschaftliche Arbeiten, aber auch ausgewählte Belletristik mit DDR-Bezug sowie autobiografische Berichte vor allem von SED-Unrechtsbetroffenen. Darüber hinaus umfasst die Sammlung 578 Medieneinheiten (VHS-Kassetten, Disketten, CDs und DVDs). Insgesamt sind in der Bibliothek 8.686 Einheiten vorhanden (Vorjahr: 7.961). Es besteht eine Zusammenarbeit mit der Bibliothek des Landtags und ein regelmäßiger Publikationsaustausch mit den anderen Landesbeauftragten, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, dem Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv sowie der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. Die Bibliothek ist öffentlich zu den üblichen Sprechzeiten zugänglich und steht allen Interessierten offen. Zur Nutzung der Bücherbestände steht ein Leseraum mit mehreren Arbeits-

plätzen zur Verfügung. Ein großer Teil der Bestände kann auch entliehen werden.

Internet

Der Landesbeauftragte betreibt unter der Adresse <https://aufarbeitung.sachsen-anhalt.de> eine Internetseite, auf der er die Öffentlichkeit über die Arbeit seiner Behörde, aktuelle Angebote und Veranstaltungen informiert und einschlägiges Informationsmaterial zur Verfügung stellt. Über den Internetauftritt sind beispielsweise Materialien für den Schulunterricht, die monatlichen Rundbriefe, ältere Publikationen, die Tätigkeitsberichte sowie Ton- und Filmmitschnitte von ausgewählten Veranstaltungen einsehbar. Das Layout des Internetauftritts ist in das Portal des Landes Sachsen-Anhalt eingebettet, so dass Aufbau und Design weitgehend vorgegeben sind. Für die nähere Zukunft ist eine grundlegende Überarbeitung und Entschlackung des Internetauftritts des Landesbeauftragten geplant, um auf diese Weise eine äußerlich ansprechende, benutzerfreundliche, aktuelle und informative Plattform zu schaffen.

Pressearbeit

Bei der Kommunikation mit der Öffentlichkeit fällt der Pressearbeit eine zentrale Bedeutung zu. Der Landesbeauftragte informiert regelmäßig die lokale, regionale und überregionale Presse über aktuelle Ereignisse im Zusammenhang mit dem gesetzlichen Auftrag seiner Behörde. Um die Adressaten zielgenau anzusprechen hat er zwei Reihen von Pressemitteilungen mit unterschiedlichen Empfängerkreisen und unterschiedlichen Inhalten eingerichtet. Die Presse-

Der Landesbeauftragte hat 2024 veröffentlicht:

- 110** Pressemitteilungen zu Sprechtagen
- 29** Pressemitteilungen zu Themen und Veranstaltungen
- 12** Rundbriefe
- 1** Neue Ausstellung

mitteilungen der Serie A enthalten Mitteilungen aus der aktuellen Arbeit des Landesbeauftragten, zu Fragen von Aufarbeitung und Rehabilitation, zu neuen Veröffentlichungen sowie Ankündigungen von Veranstaltungen. Im Kalenderjahr 2024 hat der Landesbeauftragte 29 Pressemitteilungen der Serie A veröffentlicht. Die Presseinformationen der Serie B enthalten Ankündigungen von Bürgersprechtagen, die der Landesbeauftragte regelmäßig in allen Teilen des Landes Sachsen-Anhalt anbietet. Diese Presseinformationen richten sich in der Regel an lokale Medien und Amtsblätter. Im Kalenderjahr 2024 hat der Landesbeauftragte 110 Presseinformationen der Serie B veröffentlicht.

Zu besonderen Anlässen, wie zum Beispiel bei der Übergabe des Tätigkeitsberichts tritt der Landesbeauftragte in der Landespressekonferenz auf oder lädt zu Pressegesprächen ein. Auf Anfrage steht er Journalistinnen und Journalisten für Interviews und Hintergrundgespräche zur Verfügung.

Der Landesbeauftragte und seine Tätigkeit sind regelmäßig auch in Rundfunk und Fernsehen in Bericht oder mit Interviews präsent.

Impressum und Bildnachweise

Herausgeber

Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (LzA)
Schleiufer 12, 39104 Magdeburg
Tel.: 0391 / 560 1501
E-Mail: info@lza.lt.sachsen-anhalt.de
<https://aufarbeitung.sachsen-anhalt.de>

Verantwortlich

Landesbeauftragter Johannes Beleites

Redaktion

Dr. Wolfram von Scheliha

Gestaltung

eckedesign, Berlin

Bildnachweise

LzA: Titel b+c, 5, 15, 19, 20a+b, 41, 42, 57, 62, 65, 76, 77, 78, 79, 81
LzA/André Wagenzik: Titel a, 8, 10, 29, 38, 42, 58, 61, 66, 83
Landtag von Sachsen-Anhalt: 17, 23, 30, 72
Ministerium des Innern, Niedersachsen: 12
Martin Hanusch: 25, 74a+b,
Kurt Neumann: 69, 70

Erscheinungsjahr 2025

(Redaktionsschluss: 10.03.2025).

Hinweis: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Text
in der Regel das generische Maskulinum verwendet.



SACHSEN-ANHALT

**Beauftragter
des Landes Sachsen-Anhalt
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur**